

Duisburg, den 11. November 1911.

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierjährlich 150 M. Angelgenpreis die 8 gespalt. Colonelszelle für Arbeitsgerüche 75 Pf., Geschäfts- und Privatzettel 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

## Glück und Güte.

Wollen wir glücklich sein? —  
Gütig müssen wir sein. Ruskin.

Das Glückverlangen ist das stärkste Motiv menschlichen Handels und Lebens. Es durchzieht die ganze Menschheit. Nur in seiner Richtung und seiner Neuerung ist es abhängig von der Eigenart, von Charakter und Temperament, vom geistigen und spirituellen Wertes des Menschen. Die Gegenwart des höheren Geistes und des niederen Sinnenslebens spalten auch das Glückbedürfnis, so dass es einerseits in den übermenschlichen Regionen, andererseits in der Welt materiellen Genusses seine Befriedigung sucht. Die Mehrzahl der Menschen klammert sich an die nahegelegenen und greifbaren Güter; doch ist es klar, dass hier volles Glück nicht zu finden ist, weil die edlere Hülfe des Menschen lohnt auszugehn. Es liegt aber im Wesen des Glücklichkeit, dass es den ganzen Menschen umfasst und alle seelischen Tiefen ausfüllt, datum ein bauender Zustand sein muss. Zu diesem Glück, das ja hieden nur bis zu einem gewissen Grade erreicht werden kann, führt ein Weg: das Glück nicht außen suchen, sondern es im Innern gestalten; das Glück nicht von andern erwarten, sondern selbst anstreben glücklich machen — mit einem Worte „gütig sein“.

Jeder hat es erfahren, wie wohl es einem ums Herz ist, wenn man anderen eine Freude bereitet hat, wenn man sie unterstützt hat in der Not und aufgerichtet hat im Leide. Diese kleinen Handlungen folgten guten und menschenfreundlichen Regelungen, die leider nur zu schnell von Lieblosigkeit wieder verdrängt werden. Gute aber ist ein dauerndes Wohlwollen allen Menschen gegenüber; es ist eine Kraft, die alle besser und glücklicher macht, die mit ihr in Verbindung kommen; es ist ein milder Hauch aus einem schönen Lande, der allen wohl tut; es ist ein seelisches Zaubermittel, das, um mit Goethe zu reden, „auf Lauernde ein Balsam trüftelt“.

Wenn die Güte in ihrer Neuerung so glücklich macht, um wie viel mehr thren Erträger! Sie sieht voraus, dass alle seelisch-lieblichen Regelungen verstummt, dass die Leidenschaften, die das seelische Gleichgewicht stören, zur Ruhe gekommen, dass also die Quellen des Selbstverschuldeten Unglücks verschlossen sind. Die Güte entfaltet sich nur dort, wo die Engen der Misogynie und des Hochmuts gesprengt wurden. Sie ist die harmonische Vollendung einer im Lebenssturm ausgeteisten eblen Menschenseele.

Wer glücklich werden will, beschreite sich nicht auf einzelne gute Handlungen, er beschreite über sein selbstliches Ich hinweg den Weg zur reinen Güte.

## Der auswärtige Handel in der Metallindustrie.

Eine zunehmende Bedeutung in der Produktionsziffer der deutschen Metallindustrie, hat die Stabesenerzeugung genommen. Die Kämpfe im Stahlwerkerband sprechen ja deutlich genug. Entsprechend dem Nachstum des inländischen Verbrauchs ist auch die Ausfuhr gestiegen; die höchste Ausfuhrjahr in Träger hat das Jahr 1907 erreicht, sie betrug 917260 To. im Werte von 49080000 M., 1908 waren es 271513 Tonnen im Werte von 31015000 M., 1909 301545 To. im Werte von 3222 Mill. M. und 1910 382192 To. im Werte von 40,5 Millionen Mark. Diese Zahlen wurden in den früheren Jahren niemals erreicht. Die Vergleichbarkeit, mit denen vor 1906 ist allerdings eine nangelhafte, da seitdem eine neue statistische Anordnung, die sich an den neuen Zolltarif anschließt, in Kraft getreten ist. Eine Unterscheidung zwischen Trägern und anderen nicht geformten Stabeisen ist nicht getroffen. Unter Berücksichtigung dieses und noch anderer Momente betrug die Ausfuhr 1900 172533 To. im Werte von 25,4 Mill. M., nachdem sie vorübergehend i. J. 1898 268698 To. im Werte von 30,6 Mill. M. den höchsten Stand seit 1880 erreicht hatte. Vor 1905 hat die Ausfuhr niemals den Wert von 40 Mill. M. erreicht. Die Ausfuhr an anderem Stabeisen als Trägern, auch zum Umschmelzen betrug 1910: 403431 To. im Werte von 48 Mill. M., 1909 332098 To. im Werte von 34,7 Mill. M., 1908 378177 To. im Werte von 41,2 Mill. M., 1907 216160 To. im Werte von 28,3 Millionen M. Die Einfuhr ist diesen Zahlen gegenüber sehr gering. Sie betrug an Trägern in den einzelnen Jahren 1907 bis 1910 noch nicht für eine halbe Million. Die Einfuhr an nicht geformten Stabeisen ist etwas größer, der Ausfuhr gegenüber aber von gar keiner Bedeutung. Sie setzte sich i. J. 1910 nur auf 21000 To. im Werte von 3,6 Mill. M.

Die Ausfuhr von Band- und Reiseisen betrug 1907 87294 To. im Werte von 13,3 Mill. M., 1908 103257 To. im Werte von 12,6 Mill. M., 1909 118654 To. im Werte von 13,9 Millionen und 1910 110868 To. im Werte von 14,0 Mill. M. Sie ist seit 1907 also nicht sehr gewachsen. Aus dem oben angegebenen Grunde können für die früheren Jahre keine Zahlen angegeben werden. Die Einfuhr erreichte 1907 einen Wert von 635000 M., 1908 einen solchen von 526000 M., 1909 von 567000 M. und 1910 einen solchen von 960000 M.

Als Haupt einfuhrländer für Träger kommt in erster Linie Großbritannien in Betracht, die Ausfuhr dahin betrug 1910 fast ein Viertel der Gesamtausfuhr mit 98858 To. im Werte von 9250000 M., 1907 hat sie noch über ein Viertel der Gesamtausfuhr betragen nämlich 112050 To. im Werte von 13670000 M., sonst dann offenbar 1908 auf die Hälfte mit 58861 To. im Werte von 6622000 M. 1909 brachte dann einen weiteren Rückgang und erst das letzte Jahr brachte wieder einen Aufschwung. Weiters gute Ausfuhr für Träger jährt

die Schweiz, Argentinien, die Niederlande, Italien, auch Dänemark und in den letzten Jahren Kanada. Die Ausfuhr gerade hierher hat sich doch gehoben. 1908 wird dieses Land nicht genannt, 1909 betrug der Ausfuhrwert 393000 M. und 1910 1213000 Mark.

Das Hauptbezugsland für anderes, nicht geformtes Stabeisen ist Japan. Die Ausfuhr dahin betrug 1910 59311 To. im Werte von 5,9 Mill. M. Gegen das Jahr 1908 ist allerdings ein Rückgang zu verzeichnen, denn da betrug sie 64370 Tonnen im Werte von 6,6 Mill. M. Der gegenwärtige Aufschwung lässt erwarten, dass das laufende Jahr den Verlust wieder einholt. Nicht statthaft ist die Ausfuhr nach den Niederlanden — sie betrug 1910 45769 To. im Werte von nahezu 5 Mill. M. (4,93 Mill. M.) Argentinien und Großbritannien waren mit einem Werte von über 4 Mill. M. am Bezug deutlich beteiligt. Über 3 Millionen betrug die Ausfuhr nach Belgien und Italien und nahezu diese Zahl die nach Rumänien und der Schweiz. Der bedeutendste Absatzmarkt für Band- und Reiseisen war und ist heute noch Belgien. Die Ausfuhr dahin stellte sich i. J. 1910 auf 15938 To. im Werte von fast 2 Mill. M. An zweiter Stelle steht Großbritannien mit einer deutlichen Einfuhr von 15469 To. im Werte von 1,94 Mill. M., dann folgte die Schweiz mit einem Einfuhrwert von fast 1½ Mill. M. und die Niederlande mit einem solchen über 1 Mill. M.

Begeht sich schon in den genannten Artikeln eine starke Abhängigkeit der deutschen Metallindustrie vom Auslandsmarkt, so noch mehr im Absatz von Eisenbahnmateriale. Den ersten Platz nimmt die Ausfuhr von Schienen ein. Schon im Jahre 1890 betrug sie 230204 To. im Werte von 29,9 Mill. M. und hat damit einen Höchststand erreicht, der bis zum Jahre 1902 nicht mehr eingeholt wurde. Der Ausfuhrwert verzweigte sich vielmehr bis 1902 immer zwischen 20 und 10 Millionen M. Den niedrigsten Stand wies das Jahr 1896 auf, wo nur 87360 To. im Werte von 7,4 Mill. M. zum Ausland ins Ausland kamen. In den letzten 8 Jahren war die Ausfuhr mit folgenden Zahlen vertreten: 1905: 284816 To. im Werte von 27,2 Mill. M., 1906: 369269 To. im Werte von 38,4 Mill. M., 1907: 417693 To. im Werte von 50,6 Mill. M., 1908: 331323 To. im Werte von 37,9 Mill. M., 1909: 364662 To. im Werte von 38,5 Mill. M., 1910: 515722 To. im Werte von 54,3 Mill. M. Damit ist der höchste Stand erreicht worden. Wenn aber nicht alles täuscht, wird der Abschluss von 1911 noch günstiger sein als der von 1910.

Die Einfuhr ist absolut und relativ ganz unbedeutend. Sie betrug 1910 nur 745 To. im Werte von 89000 M.

Als Haupt einfuhrländer kommen Argentinien, Großbritannien, die Niederlande und Japan in Betracht. Bei dem Ausfuhrhandel von Eisenbahnschienen spielen natürlich die Länder eine bedeutende Rolle, die jetzt erst dem Verkehr ganz erschlossen werden — wie z. B. Argentinien. Die Ausfuhr dahin betrug 1910 110936 To. im Werte von 11426 Mill. M., 1909 dagegen kaum die Hälfte dieser Zahlen. Wir gehen gewiss nicht fehl, wenn wir glauben, dass im laufenden Jahr die Einfuhr nach China die bereits 1910 22095 To. im Werte von 2,09 Mill. M. betragen hat, eine starke Steigerung erfahren wird. Der Grund liegt in der energischen Spannahme verschiedener Bahnländer. Natürlich bleiben diese Staaten, auch wenn die Hauptbestellungen durch Fertigstellung der Bahnen erledigt sind, immer noch schwärmere Kunden, da starke Nachlieferungen gerade bei Eisenbahnschienen immer erforderlich sind; es wird dies am besten durch das Beispiel Großbritanniens dargetan, dass 1910 mit der Annahme von deutschen Eisenbahnschienen an 2. Stelle stand. Die Ausfuhr dahin betrug 72981 To. im Werte von 7,3 Mill. M., womit allerdings eine Ressortzahl erreicht wurde. Ein bedeutender Faktor in unserem Ausfuhrhandel ist die größere Ausnahmefähigkeit unserer Bahnländer. Ganz trat Deutsch-Südwestafrika als Käufer auf. 1905 betrug die Ausfuhr dahin 6260 To. im Werte von 626000 M., 1906: 11133 To. im Werte von 1,2 Mill. M., 1907: 10615 To. im Werte von 1,3 Mill. M., 1908 und 1909 brachten einen starken Rückgang, die Ausfuhr betrug 1908: 7230 To. im Werte von 796000 M., 1909 sank sie gar auf 444 To. im Werte von 49000 M., um 1910 auf 14009 To. im Werte von 1,54 Mill. M. zu steigen. Deutsch-Ostafrika konnte 1909 13574 To. im Werte von 1,5 Mill. M. aufsteigen, 1910 12801 To. im Werte von 1,4 Mill. M. Für unsere Metallindustrie wäre es natürlich nur zu begrüßen, wenn sie in unsern Kolonien einen Markt finde, denn es kann an Sicherheit und Stetigkeit dem einheimischen gleich. Die Verkehrspolitik, die gerade jetzt wieder eifrig gepflegt wird, lässt uns hoffen, dass dies in absehbarer Zeit erreicht wird.

Von sonstigem Eisenbahnmateriale sind für den Außenhandel die Eisenbahnschienen, die Schwellen und die Unterlagsplatten von Bedeutung, ebenso die Eisenbahnschienen, Radsäulen und Radräder. Die Ausfuhr der ersten betrug i. J. 1910: 162990 To. im Werte von 17,7 Mill. M. Sie hat sich seit 1905 ganz bedeutend gehoben. Von 1880 bis dahin schwankte sie meist zwischen einem Wert von 1 Mill. und 5 Mill. M., 1904 betrug dieser, noch 8,2 Mill. M., um im Jahre 1905 auf 165047 To. im Werte von 17,5 Mill. M., 1907 auf 206940 To. im Werte von 23,1 Mill. M., 1908 auf 121993 To. im Werte von 13,0 Mill. M. und 1909 auf 121742 To. im Werte von 12,4 Mill. M. Als Einfuhrländer kommen natürlich die in erster Linie in Frage, die auch Großbritannien für Schienen sind, also vor allem Großbritannien und Argentinien sowie auch die Niederlande. Die Ausfuhr nach England betrug 1910

20122 To. im Werte von 2,1 Mill. M. Noch nicht lange nimmt Englands Einfuhr diese Bedeutung für unseren Handel ein; noch 1909 betrug die Ausfuhr dorthin nur 3794 To. im Werte von 422000 M. In den früheren Jahren war sie so gering, dass sie in der Statistik gar nicht besonders erwähnt ist. Der Ausfuhrwert nach Argentinien war 1910 1,4 Mill. und 1909 2,3 Mill. M. Relativ recht bedeutsam sind die Bahnen, die unsere Kolonien aufzufrischen. Die Ausfuhr nach Südafrika stellte sich 1907 auf 10803 To. im Werte von 1,2 Millionen M., vorher war der Ausfuhrwert immer unter eins Millionen M. geblieben. 1908 sank er wieder auf 607000 M., 1909 sogar auf 55000 M. 1910 stieg die Ausfuhr dann auf 14099 To. im Werte von 1,4 Mill. M. Deutsch-Ostafrika führte 1909 16458 To. im Werte von 1,8 Mill. M. und 1910 11194 To. im Werte von 1,2 Mill. M. ein.

Von besonderem Interesse dürfte es jetzt sein, die Ausnahmengröße von deutschem Material durch die Türkei zu kennen. In Schienen wurden dahin 1910 ausgesetzt 15749 Tonnen im Werte von 1,7 Mill. M., eine Zahl, die bereits im Jahre 1907 erreicht worden ist. Vor diesem Jahre war die Lieferung dorthin ganz unbedeutend, ihr Wert betrug nicht einmal 100000 M. Eisenbahnschienen usw. kamen zur ersten Mal im Jahre 1910 zur Versendung nach der Türkei und zwar 17812 To. im Werte von 1,9 Mill. M., 1909 war der Ausfuhrwert nur 87000 Mark.

Ohne Bedeutung ist die Türkei für die Ausfuhr von Eisenbahnschienen, Radsäulen und Radräder. Die Gesamtausfuhr dieser betrug 1910 70493 To. im Werte von 15,5 Mill. M. Die Ressortzahl von 1907 mit 74788 To. im Werte von 19,4 Mill. M. hat keinen der folgenden Jahre zu erreichen vermocht; 1908 sank der Ausfuhrwert auf 17,9 Mill. M., 1909 auf 14,6. Hauptabnehmer sind Italien 15122 To. im Werte von 3,32 Mill. M., Kanada (8339 To. im Werte von 1,8 Mill. M.) und Großbritannien (8884 To. im Werte von 1,1 Mill. M.). Die Einfuhr ist für die beiden letztgenannten Gruppen von keiner Bedeutung.

Die Menge der bis jetzt angeführten Waren umfasst noch lange nicht die Gesamtausfuhr unserer Metallindustrie. Wichtige Zweige dieser sind nicht berücksichtigt. Ihre Produkte, Bleche, Drähte und Eisenwaren sollen in einem besonderten Aufsatz behandelt werden.

## Unehrliche Kampfweise.

Ereuthlich ist es jedem ehrlichen Gewerkschaftler, wenn sich trotz aller vorhandenen Gegenseite in unserer zerstörten Arbeitersbewegung Berührungspunkte ergeben, die eine gemeinsame Bekämpfung bei wichtigen Kräften ermöglichen. Es ist ja an sich tief bedauerlich, dass es der Sozialdemokratischen Partei, die ja aus ihrer Gegnerschaft gegen die Gewerkschaftarbeit niemals ein Heil gemacht hat, gelungen ist, diese wirtschaftliche Bewegung des Arbeitervorstandes durch Eintragen ihrer politischen Agitation zu verzögern und zu spalten. Für die, den ganzen Arbeitervorstand schwer schädigende Tätigkeit wird Klös Gräffel der Sozialdemokratie sicherlich keine Ausmesblätter schreiben. Darauf kann auch die momentane numerische Stärke der sozialdemokratischen Richtung nichts ändern. Schon wiederholt liefern sich weite Kreise des Volkes von gewissenlosen Demagogen eine „Data-Morgana“ als Wirklichkeit aufzuhängen — aber auch jedesmal folgt dem Klösche die Ernüchterung und vor der rauhen Wirklichkeit zerstoßen schließlich alle Hingespinsts, wie Seifenblasen.

Diesem Klös wird über kurz oder lang auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsrichtung nicht entgehen können, weil sie nicht ihrer Zwecksetzung als einer wirtschaftlichen Organisation, sondern der politischen Sozialdemokratie dient. Wer an letztem bislang noch geweifelt, den hat jedenfalls das Ego, welches die Vereinbarungen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes mit dem C. A. Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in der roten Gewerkschaftspresse aufzöpfen, eines besseren belehrt. Am traumtigsten in dieser Einsicht war das Verhalten des Organs der zunächst in Frage kommenden Organisation, der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung. Von einem Gewerkschaftsblatt hätte man erwarten dürfen, dass es seinerseits die Vereinbarungen, die doch die Schaffung eines besseren Verhältnisses zwischen den deutschen Metallarbeiterorganisationen bezeichnen, begrüßt und die Gemeinschaft zur Mitarbeit betont hätte. Die Metallarbeiterzeitung aber, die doch ein Arbeitersblatt zu sein vorhat, schimpft ohne jeden Grund: „Streitbrüderversicherungsgeellschaft“. Das war ein Heldenklug, sondern der Ausschluss jenes erbärmlichen Fanatismus, ohne den auch rote Heldenklug letzter Güte im Kampfe gegen Andersdenkende nicht auskommen zu können glauben. Dieser fanatische Ausschluss hat wieder aufs neue bewiesen, dass der Metallarbeiterzeitung die Einigkeit der Arbeitervorstände ist, wenn dabei die Interessen der politischen Sozialdemokratie zu kurz kommen würden. Es bestätigte sich hier wieder, was ständig freilich schon länger sagten, dass das Ziel der „freien“ Gewerkschaften politischer Natur ist und sie ihr ganzes Verhalten, ihre Bewegungen und Schimpfe dem politischen Klüngel der Sozialdemokratie unterzuordnen haben.

Der von den „freien“ Gewerkschaften immer wieder vorgetragte Grund für ihre Haltung zur Sozialdemokratie, die Arbeitern mützen deswegen Sozialdemokratien sein, weil mit dieser Partei eine den Arbeitern günstige Politik, insbesondere auch Wirtschaftspolitik erziebe, entgegnet einfach nicht den Tatsachen. Nur Klös, der Wirtschaftspolitische Vertreter der freien Gewerkschaftszeitung kann geschaut die

zialdemokratische Wirtschaftspolitik seinerzeit auf dem sozialdemokratischen Partei in Stuttgart durchaus guttreffend mit dem Satz:

„Sitz der Freihandel auf dem Regierungstatten, so wird gegen den Freihandel losgelegt, sitzt der Schutzzoll auf dem Regierungstatten, gegen den Schutzzoll. Die Hauptsache ist, daß vorentlich losgelegt wird.“  
(Protokoll Seite 182.)

Um die wirtschaftlichen Beweggründen, die da die Regierung der sozialdemokratischen Freizeiten innerhalb der „freien“ Gewerkschaften verantworten sollen, ist es also miserabel klau bestellt. Dem ruhigen Beobachter der ganzen Entwicklung im „freien“ und roten Lager drängt sich vielmehr die Überzeugung auf, daß von den „freien“ Gewerkschaften hinreichlich ihres Verhältnisses zu der sozialdemokratischen Partei das Wort gilt: „Der Kien muß!“ Die ganze „freie“ Freiheit wählt nur so lange, als die „freien“ Führer und Blätter sich dazu hergeben, den an sich gesunkenen Gewerkschaftsbau zum Süßet für die Zwecke der praktisch bankrotten politischen Sozialdemokratie herabzuwirken. Daher auch

die wilste Bekämpfung der anderen Organisationen.

Wäre der deutsche Metallarbeiterverband das, was er scheinen will, nämlich eine Vereinigung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Metallarbeiter, dann hätte er das Überrufenen zwischen uns und dem S.-D. Gewerbeverein freudig begrüßt und auch seinerseits versucht, die Interessengemeinschaft weiterzuspannen. Statt dessen aber schimpft er — „Streitbrüderversicherungsgesellschaft“. Warum wohl? Die Gründe liegen offen zu Tage. Der „Deutsche“ darf nicht, wenn er seiner ihm vorgeschriebenen Abwehrung entsprechen und sich die „Bannscheide“ vom Fälsche halten will. Für ihn ist die Hauptfache die Metallarbeiter zu Sozialdemokraten zu machen, und das kann er nur erreichen mit den niedrigen politischen Verhöhnung und den nichtsnutzigsten Verdächtigungen und Verleumdingen gegen die anderen Metallarbeiterorganisationen. Dieses seige Duden vor dem Willen und der Macht politischer Demagogen setzens dieser großen Metallarbeiterorganisation ist im allgemeinen Interesse der deutschen Metallarbeiterchaft höchst bedauerlich. Doch bedauert aber die gemeingefährliche verlogene Fehde, wodurch dieses arbeiterstabsche Gebaren beschönigt und die Schuld auf andere Schultern abgewälzt werden soll.

Dieses unehltliche Gefahren zwingt uns erneut zu der Konstatierung, daß christlich organisierte Metallarbeiter noch überall dort Solidarität geübt haben, wo man sie als gleichberechtigt behandelt hat. Zugem stellte der christliche Metallarbeiterverband zu den Lohnkämpfen ein verhältnismäßig gleich großes Kontingent seiner Mitglieder als der sozialdemokratische „Deutsche“. Das beweist die Statistik. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, waren 9,2 Prozent von unserer durchschnittlichen Mitgliederzahl in Streiks- und Aussperrungen beteiligt, beim sozialdemokratischen Verband dagegen nur 8,4 Prozent. Dochdem mag das offizielle Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes von einer „Streikbrüder-überungsgesellschaft“ zu reden fürni!

Ebenso kann der christliche Metallarbeiterverband einen Vergleich hinsichtlich der Quote, die von den Mitgliederbeiträgen als Streikunterstützung verwerbet wurde, sehr wohl ausstellen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband gab von je 100 M. Mitgliederbeiträgen für Streikunterstützung aus: 1909 5,7 M., 1910 23,6 Mark; unser Verband dagegen 1909 5,4 M., 1910 27,2 Mark. Also auch hier eine stärkere Belastung des christlichen Metallarbeiterverbandes durch Streiks und Wissertungen. Trotzdem schimpft das rote Blatt in seinem Lager: „Streikbrüder Sicherungsgeellschaft“. Warum? — Weil sein sachliches Datein zu Ende ist, und um jeden Preis, selbst auf Kosten der Wahrheit der Gegner heruntergerissen und verbündigt werden muss! Das ist nun durchaus nichts Neues. In Lüge und Verleumdung glaubt man jetzt im roten Lager wieder das unschätzbar „schmetzstillende Halsband“ für die christlichen Organisationen entdeckt zu haben. Nur schade, daß die Statistik einen dicken Strich durch das ganze unrechtsche Manöver macht.

Zu Kritik und Forderungen der deutschen Metallarbeiterchaft sei hier lediglich die Tatsache angenommen: Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat durch die unqualifizierte Stellungnahme zu den Vereinbarungen in seinem Organ wiederum den Beweis erbracht, daß er seinem Metier, der Arbeitersplittung, nach wie vor treu zu bleiben gedenkt. Mit dieser Konstatierung wollen wir es für heute genug sein lassen. Unsere Kollegen aber mögen nicht versiehen, dieses Verhalten der roten Führer den rechtsen Kollegen von der anderen Seite zur Kenntnis zu bringen. Die beste Antwort auf das tote Gesichtspfe ist verboppelte Verarbeitung für unsere Sache. Ein starker christlicher Metallarbeiterverband gibt uns die sichere Gewißheit einer tatkräftigen Förderung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Metallarbeiter — allen toten Quertrieben zum Trotz. Dazu an die Arbeit!

**Elettromontagne voran!**

Dem außergewöhnlichen Gewerbeschaffler, der da durch die alte Erfahrung gewischt, gewöhnt ist, mit offenen Augen durch die Welt zu gehen, gelang es schon wiederholte, wahre Meister-  
exemplare von sogenannten Arbeitsvorschriften aus Licht der  
Dessentlichkeit zu ziehen. Rechte und Pflichten sind in solchen  
Vorschriften gewöhnlich so geordnet, daß ersteres ausschließlich  
den Arbeitgebern und letztere den Arbeitnehmern zugeteilt  
sind. Solche Verträge schließen nun aber durchaus nicht, wie  
vielleicht unserer Ansicht gieben werden, nur ein verhältnis-  
mäßig kümmerliches Losen in einigen hinterwülblerischen  
Orten unseres lieben Vaterlandes, sondern auch unsere Elektro-  
mondeure in deutschen Großstädten und Industriezentren dürfen  
sich folgender Arbeitsvertrag rufen — parbon schämen. Selbst-  
herzhafte Billigkäfer mit ausdrücklich ihnen Vor teil wahrneh-  
mender Unternehmer einerseits und Mangel an Energie und  
Selbstvertrauen, zum Teile auch ein gründlicher und schlä-  
fischer Betriebsmüll andererseits, haben es so „heißend“ weit  
gebracht.

Vor mir liegt ein solcher „Musler“-Arbeitsvertrag, der unter anderem folgende liebliche Punkte enthält: „... fehlendes oder zahmohenes (!) Werkzeug wird in Abzug gebracht, bei Berechnung des Abzuges ist der Neuwert (!) zugrunde zu legen. Die Entlassung kann jederzeit ohne Kündigung erfolgen . . .“ Solche Verträge klingen wie Hohn in einer Zeit, die sich fogern im Brustton der Hebetzeugung als fortgeschritten und sozial hinzustellen befiehlt. Ob Bestimmungen wie die erster überhaupt Rechtskraft haben? Wenn gesündete Menschenempfinden nach rersloren sie jedenfalls gegen Tiere und Glauben und gegen die guten Sitten und Witten bewussthaft, trock der unter dem Druck des Verdienstmaßjens gegebenen Unterschrift ungültig. Wenn schon allein die Zustellung ephen solchen Beating durch Unterschrift auszufeuern empfinden

rechtlich bindende, ehrenhafte Menschen als einen Faustschlag ins Gesicht. Über solche Verträge liegen auch nicht einmal im Interesse der Arbeitgeber selbst, denn wenn sich trotz allem der eine oder andere Arbeitgeber dazu bereit findet, seinen Namenszug unter ein betrügtiges Schriftstück zu setzen, so trügt doch diese rücksichtslose Ausnutzung des schwächeren Kontrahenten durch die Arbeitgeber mit dazu bei, Verbitterung zu erzeugen und die Arbeitsfreude und das gegenseitige Vertrauen zu zerstören. Unter solchen Umständen ist es unmöglich, in gemeinsamer Arbeit ein Handwerk, eine Berufsgruppe zur Blüte zu führen. Das sollten sich auch einschlägige Arbeitgeber sagen.

Den Elektromonteuren aber, die durch solche und ähnliche Arbeitsverträge den unehelichen Elementen gleichgestellt werden, rufen wir zu: „Soll das so bleiben?“ Allgemeine dürfen wir der Intelligenz der Elektromontoure noch die Einsicht zutrauen, daß sie von dem Groß ihrer Arbeitgeber nicht erwarten können, daß diese sie ohne weiteres beim Abschluß des Arbeitsvertrages als gleichberechtigt anerkannt werden. Auch die Betriebsgruppe der Elektromonture ist nicht daran vorbeizukommen, ihrem Stande, ebenso wie den anderen Stände schon taten, durch das Mittel der organisierten Selbsthilfe die Anerkennung und das Recht der Mitbestimmung beim Abschluß des Arbeitsvertrages zu erkämpfen. Sie können sie von anderen etwas erwarten, wo sie in ihrer Mehrzahl nicht einmal den ethischen Willen und die Bereitschaft zur Selbsthilfe durch ihren Abschluß an die gewerkschaftliche Organisation gezeigt haben? An manchen Orten steht noch über die Hälfte der Berufsslosser der Organisationen. Diese Kollegen „sparen“ die Verbandsbeiträge — freilich zu gunsten der Arbeitgeber! Die Arbeitgeber fühlen sich darum auch „aus Tauscharbeit“ bewogen, das Sprichwort zu Ehren bringen: „Wer sich treten läßt, verbietet auch getreten zu werden.“

Der Elektromonteur kann und darf nicht länger mehr umen, zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe zu greifen, wenn nicht will, daß die Verhältnisse in seinem Berufe noch weiter hinter die anderer Berufe zurückgebracht werden. Jeder Arbeiter, der ihn unter solch unwürdigen Bedingungen zur Arbeit ruft, sollte ihm immer wieder zum Bewußtsein bringen, daß dringend notwendig es ist, auch den letzten Berufsskollegen der Organisation zuzuführen. Deshalb, ihr Bewußtsloslegern, aufweg mit der alten Bequemlichkeit und lethargie; werben vielmehr unverdrossen und unermüdlich unter unsseien Brudersgeführten für den christlichen Metallarbeiterverband. Wohl ist der Mann! Arbeiten wir darum mit allen Kräften einer würdigen Neugestaltung unsrer Verhältnisse. Unsere Forderung sei: „Elektromonteur, votwärts!“

# Der Etat der Kgl. Württembergischen Hüttenwerke vor den Kgl. Ständen.

V.

Der Abg. Kollege Andre ging dann auf die Zusände im Wasserausflinger Werke des näheren ein: Die Auffordarbeiter rten Klage darüber, daß si sehr oft dadurch am Weiterarbeiten gehindert seien, daß die nötigen Sägen und Beischlägen nicht rechtzeitig beigebracht werden. Es dauert dann manchmal auch 2 bis 3 Stunden, bis die Arbeiter eine neue Säge angesiezen erhalten. Es heißt dann einsach: „Die Schmiedung ist noch nicht da,“ oder „ich habe noch keine Arbeit Sie,“ oder „Sie müssen eben warten bis Sie an die Reihe men.“ So sind die Arbeiter gezwungen, oft stundenlang zig im Betriebe zu weilen. Das ist aber nicht ihre Schuld, sondern die Schuld der Aufsichtsorgane, der Verwaltung. Diese Leichtspunkte sollten insbesondere die Regierung veranlassen dem Flechten zu sehen und dafür Sorge zu tragen, daß oben herunter strenge darauf hingearbeitet wird, daß die weiter, solange sie im Betriebe sein müssen, auf der Säge sind, ihre Arbeitszeit voll und ganz auszunützen. Aus den Verhältnissen heraus, verbunden mit dem Rückstand der technischen Einrichtungen, sei es zu verstehen, wenn z. B. die Trennproduktion in Wasserausflingen teurer komme, als in Konkurrenzbetrieben. Der Arbeiterschaft wird man aber daran erinnern, daß sie ihre Pflicht nicht erfülle, nicht können können.

Des weiteren wurde gesagt, daß sich bei der Vergabeung Aufforde mehr oder weniger eine Güstlingswirtschaft geschlichen habe. Missliebig geworbenen Arbeitern gibt manche Aufforde und zwar nicht nur einmal, sondern mehrmals, durch die Leute recht wenig verdienen. Durch die Gattung eines Stunden- oder Mindestlohnes könnte erreicht werden, daß einzelne Arbeiter nicht so sehr unter getrieben werden, um den Herren Meister zu leiden haben. Die wieder-

Bergebung schlechter Morde an einzelne Arbeiter trägt zur Erhöhung der Schaffensstnde und der Arbeitsbe! Von den Walzwerkarbeitern heigt es in dem Gutachten der en Spannagel und Tder: die Walzwerkarbeiter seien nig leistungsfig und zuverlässig", auch soll „starke fsel ungünstig einwirken". Weiter wir gesagt: „Zwecklos idelt dieser Arbeiterstand im Scheinland und Westfalen bedeutend höchste Leistungsfigkeit bei allerdings wesent- höheren Löhnen". Als Grund für die geringe Leistungs- leit geben die Ketten Spannagel und Tder „die mangel- Ernährung dieser Arbeiterkategorie" an. Zieht man die itterverhltuisse der Walzwerkarbeitet in Betracht, so ist erobachten, drfk diejelben täglich eine Schicht von 12 Stun-

zu arbeiten haben, daß sie unter einer so großen Höhe  
müssen, daß sie, wie sich ein Arbeiter ausgedrückt  
„nicht kleinen trockenen Fingern mehr am Leibe haben“. Wenn  
man sieht, daß 50 Weizwerktagelöhner, wie aus der amt-  
lichen Statistik hervorgeht, nur einen Stundenlohn von 30  
37 Gulden nur einen solchen von 37,3 Pf. erhalten,  
kann man allerdings nicht sagen, daß das Lohn sind,  
e diese Arbeiterschaft in den Stand sezen, auch vol-  
litzige Arbeit leisten zu können. Die erste Voraussetzung  
vollwertige Arbeitkräfte ist doch, daß dieselben auch wirt-  
schaftlich so gestellt sind, daß sie sich genügend zuheben können,  
eine derartig angestrengte Arbeit andauernd leisten zu  
können.

Der Redner nahm sodann Stellung zu der Altkohlfrage  
betrieb und bemerkte, daß die Verwaltung durch vermeidete  
Be von Tee, Kaffee, Milch usw. auch dagegen das Schrige  
könne. Aus diesen Gesichtspunkten heraus müsse die Ver-  
waltung den Hebel ansetzen. Man hat sonst in der Industrie  
Fertigung gemacht, daß die am teuersten bezahlten Ar-  
beiter die billigen sind. Die gut bezahlten Arbeiter wissen,  
sie dem Arbeitgeber schuldig sind, sie geben ihr Besitz  
erfüllen auch ihre Pflichten voll und ganz. Wenn man  
den Wasseralzinger Arbeitern 50 Pf. Stundenlohn be-  
zieht in großer Sicht führt die Arbeit zu keinen guten

so kann man wirklich nicht verlangen, daß diese Leute sich übermäßig anstrengen und in wenigen Jahren ihre Gesundheit und ihre ganze Arbeitskraft dabei aufs Spiel setzen. Man hat von Regierungssseite durchbilden lassen, daß seit kürzlichen Jahren ein Umschwung in der Denkungsart der Wasseralfinger Arbeiter eingetreten sei. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß damit angebedeutet werden sollte, daß eben die Organisation der Arbeiter diesen Umschwung bedingt habe. Ich muß aber entschieden bestreiten, daß hierin ein Umschwung zu Ungunsten des Werkes eingetreten ist. Das Pflichtbewußtsein der Arbeiter hat nicht nachgelassen. Ich glaube, so gut wie die Regierung das Recht hat, sich auf die Verwaltungsmänner zu berufen, so gut hat auch die Arbeiterschaft das Recht in dieser Sache gehabt zu werben. Wir gewerkschaftlichen Gewerkschaften bekämpfen jede Schlämperei innerhalb der Arbeiterschaft. Die gewerkschaftlichen Organisationen wollen nicht, daß die Arbeiterschaft nicht ihren Verpflichtungen nachkommt. Im Gegenteil, sie erzählen die Arbeiterschaft in einer Stunde, daß der einzelne voll und ganz seine Pflicht zu erfüllen hat. Wenn auf der einen Seite die Gewerkschaften mit Verstärzung der Arbeitssigkeit kämpfen und in dieser Beziehung Vorbedingungen stellen, wenn sie eintreten für Gerechte und auskömmliche Entlohnung, so sind sie es auf der anderen Seite auch, die das Pflichtbewußtsein der Arbeiterschaft stärken und heben und durch ihre Bildungsarbeit dazu beitragen, daß ein leistungsfähiger, hochhender Arbeiterstand geschaffen und dauernd erhalten wird. Weiter will nicht Bleßner, daß der Arbeiterausschuss mehr hört wird und dasselbe das Recht haben sollte, mit der Verwaltung zu beraten, wie Missstände beseitigt werden können. Der Abschluß von Tarifverträgen sei durchzuführen und es wäre zu begreifen, wenn dabei auch Organisationstretter einzugezogen werden. Zum Schluß hofft und will nicht Abg. Kollege Kubr, daß die harten Urteile im Finanzausschuss gegenüber der Arbeiterschaft, einer gerechten Würdigung der einschränkenden Stunde unterzogen werden, was zum Frieden zwischen der Verwaltung und der Arbeiterschaft, wie auch zu einer gedieghaften Entwicklung des ganzen Werkes beitragen werde.

Der nachfolgende Redner, Abg. Neichel, schloß sich im  
sensitiven diesen Ausführungen an. Besonders vertrat er  
den Antrag auf Auszeichnung von Organisationsvertretern zum  
Schluß von Tarifverträgen zu den sgl. Höhitenwerken. Weiter  
mängelt Redner einige Zustände der Knappelschaftskasse.

Sodann nahm der Staatsminister der Finanzen v. Geßler  
Wort. Er führte zunächst aus: „Der Herr Abg. Andre  
setzt sich über das schlechte Prädikatzzeugnis beschwert, das  
den Bergbeamten in Wasseralfingen vorgesetzt worden sei. Er hat zur Verteidigung der Me-  
ister gegen dieses Prädikatzzeugnis seinerseits weitgehende  
Gefäße gegen die Bergwerksverwaltung unternommen und ste-  
tzt vielen Einzelheiten belegt, die er fristweise schon in der  
Sitzung des Ausschusses vorgebracht hat und die großenteils  
hier nicht näher kontrolliert werden können. Ich möchte  
auf zunächst erwidern, daß ein schlechtes Prädikatzzeugnis  
der die Wasseralfinger Arbeiter meines Wissens in dieser  
Gemeinheit im Finanzausschuß nicht ausgesprochen worden  
(Andre: Doch, doch!) Es wurde mit über einen Teil der  
Meister der Giescherei ein nicht ganz günstiges Urteil abgegeben,  
dieses nicht ganz günstige Urteil wird im wesentlichen von  
Bergwerksverwaltung aufrecht erhalten.“

Bergwerksverwaltung aufrecht erhalten.“ Zu Einzelheiten der Angriffe des Abg. Andre übergehend erklärte der Minister, daß er sich wegen der bemängelten zwischen Einrichtungen und der dadurch beeinträchtigten Tungsfähigkeit der Arbeiter für eine größere Vergangenheit nicht aussprechen wolle. Er meinte aber, in Ueberachtung, daß gerade die Gießerei, die hauptsächlich in Frage stehe, saniert werden solle, seien die der Verwaltung gehörten Vorwürfe nicht berechtigt. Ueber die Ansicht des Abg. Andre, daß zu wenig Hilfsarbeiter in der Gießerei vorhanden seien, könne er sich persönlich kein weiteres Urteil schreiben. Die Ansicht der Bergverwaltung sei die umgekehrte. Daß eine Güntlingswirtschaft in Wasseralten vorhanden sei in dem Sinne, daß mißliebige Arbeiter leichtlich mit schlechten Alfordern bedacht worden seien, glaubt Minister nicht. Er meint aber: „Ein solches Verfahren ist unzweckmäßig.“

Bezüglich der Maßnahme, daß die Höhungen der Verwaltung  
germäßen für die ungenügende Ernährung der  
reiter verantwortlich sei, beklagt sich der Minister darüber,  
von den auf den Werken verabreichten Nahrung- und  
Futtermittel ein nicht genügender Gebrauch gemacht werde.  
Wünscht besonders, daß die Gewerkschaften, von deren  
Einfluß auf die Verbesserung der Verhältnisse der Ar-  
beit man gesprochen habe, auch eine Belebung in dem  
sinn ausüben, daß der Alkoholgenuss unter der Ar-  
beitschaft eingeschränkt wird. Abg. Kollege Andre machte hier-  
zu den Zwischenruf: „Geschieht!“ Der Herr Minister be-  
neute diese Tätigkeit als eine erprobliche, wofür die  
Verwaltung dankbar sei. Um dem Alkoholgenuss auf den  
Arbeitswerken habe sie keinen Gefallen. Hinsichtlich der Be-  
fungen des Abg. Andre, die Tätigkeit des Arbeiters-  
schaftsverbandes betr. äußerte sich der Herr Minister wie

„Wenn er sobald hinsichtlich der Tätigkeit des Arbeiterausschusses ausgestellt hat, daß, sobald es sich um Lohnen handle, der Arbeiterausschuß gar nichts zu sagen habe, istch mit versichert, daß die Tätigkeit des Arbeiterausschusses ganz wesentlich auf die Behandlung von Lohnfragen steht sei, und soweit ich unterrichtet bin, ist es jedenfalls richtig, daß er nichts mit Lohnfragen zu tun habe. Wenn es sich um allgemeine Lohnfragen handelt, wird der Arbeiterausschuß seit längerer Zeit regelmäßig gehört. Zusammen besteht ja dies nur darin, daß nicht über jede einzelne Dissserenz, die zwischen der Verwaltung und einem einzelnen Arbeiter ausbricht, ehe sie entschieden wird, der Arbeiterausschuß gehört, bezw. daß der Arbeiterausschuß nicht zum Abschluß beratiger Dissserzenzen bestellt wird. Auch sonstige Wünsche und Bitten kann der Arbeiterausschuß, das möchte im Gegensatz zu den abweichenden Ausführungen des Herrn Endre anführen, jederzeit vorbringen. Eine Frage ist jedoch, ob sie beachtet werden können; das ist aber bei Wünschen und allen Bitten der Fall. Der Ausschuß steht durchaus innerhalb seiner Befugnis, wenn er solche vorlegt, und ich zweifle nicht, daß die Wünsche und Bitten, die er vorbringt, stets von der Verwaltung werden

“Zur Frage der Lohnaufbesserung und Arbeitsverkürzung führte der Herr Minister weiter aus, hier jeder Fortschritt mit ein Schrittweiser sein kann. Wichtigste Gesichtspunkt der Verwaltung zur Zeit gehe es, so schnell als möglich zu einer Verbesserung der Lage zu gelangen. Andere Interessen müssten da eindeutig

Zeit in den Hintergrund treten. Dieses Bestreben der Verwaltung sei schon eingeengt worden durch die in der Gehaltsvorlage der Hüttenarbeiter vorgeschriebene Mehrausgabe von 75 000 M. In den Werken Schussenried und Königsborn ist die 9½-stündige Arbeitszeit bereits eingeführt. Die Bergverwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß die Frage einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit auch fernher erworben werden soll. Zur Zeit würden aber die bei einer ettl. allgemeinen Verkürzung auf 9½ Stunden erforderlichen Mehraufwendungen 65 000 M. betragen. Demgegenüber sei er der Meinung, daß es zur Zeit nicht möglich sei, auf dem Werk Wassertrüdingen eine solche Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen.

Was die Beziehung von Vertretern der Arbeitervororganisationen zu den im Falle eines Tarifvertrages notwendigen Verhandlungen aufbietet, sprach sich der Herr Minister dahin aus, daß bei der Regierung gegen die Beziehung von Vertretern der Arbeitervororganisationen zu Verhandlungen, welche die einzelnen Werke mit ihren Arbeitern zu führen haben, er höchstliche Bedenken bestehen! Auch sonst äußerte der Minister gegen die Anträge des Finanzausschusses eine Reihe weiterer Bedenken, wie zur Frage des Tarifes, der Aushöhung des Arbeiterausschusses bei Differenzen über die Festlegung der Abordnungen, bei Zeitschriften, Reduzierung der Abordnungen. Über die Verhältnisse seien die Arbeiterausschüsse ihrerseits nicht genügend informiert. Über allgemeine Reduzierung der Abordnungen werden die Arbeiterausschüsse regelmäßig gehört, und es werden auch, wenn möglich, die Vorschläge des Arbeiterausschusses berücksichtigt. In der Frage der erweiterten Urlaubsgewährung könne nur ein Fortschritt unter Berücksichtigung der ökonomischen Lage der Hüttenwerke erfolgen.

(Schluß folgt.)

## „Lupus“ der Broschürenscheiber und seine sozialdemokratischen Hintermänner am Pranger!

Als der frühere Angestellte des Centralverbandes der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, Wolf, im August vorjähriges Jahr seine Schmähbroschüre „Aus einer christlichen Gewerkschaft“ herausgab, jubelte die Genossenprese. Mit wahren Freuden stützten sich alle Feinde der christlichen Arbeiterbewegung auf dieses Racheprodukt und schachteten es gegen die christlichen Gewerkschaften aus. Durch eine Reihe von Anklagen gegen die Verbreiter der Wollfischen Belästigungen und Verleumdungen ist recht bald bei Genossen das Spielzeug ihres Freundes Wolf kaput geschlagen worden. Außerdem ist er bis heute schon 4 Komplizen seines Verleumdungsfabrikates gegen die christlichen Gewerkschaften mit Geld- und Gefängnisstrafen bedacht worden. Gleich noch der Redakteur Thielhort von der sozialdemokratischen „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ in Duisburg mit 3 Wochen Gefängnis.

Um 22. und 23. Oktober wurde nun in der Klagsache Oswald-Tremmel-Karter gegen Wolf am Schössengericht in Duisburg-Stadtort verhandelt. Die Klage stützte sich auf die Behauptungen der Broschüre, wodurch dem Vorstand Oswald und dem ganzen Vorstand „Wirtschaftsamt“, „Bergebung der Notgeschäften der Arbeiter“, „Täuschung der Mitglieder“, „Ketzung“, „Schwindel“, und vergleichlich vorgeworfen wurde. Trotz der 4 Opfer seiner Verleumdungskunst hatte Wolf die Klagen, den „Wahrheits“beweis anzutreten. 10 Zeugen waren an anständigen Gerichten vernommen worden, 2 waren zum Termin erschienen und wegen einer erst am Nachmittag des ersten Verhandlungstages gegen Oswald erhobenen Widerklage, wurden 2 weitere Zeugen noch telegraphisch geladen. Alle Leute, die über die internen Dinge des Verbandes irgendwie etwas aussagen konnten, mußten auf 53 Fragen des Herrn Wolf antworten. Der Richter des Verhandlungen versuchte sogar gegen den Kläger Oswald dadurch etwas heranzubringen, daß er dem Zeugen Kuhn die Frage vorlegte: „Haben Sie nicht das Gefühl gehabt, daß Oswald es eigentlich anders meinte, als wie er dem Vorstande versprach?“ (!) Über die Gründlichkeit der Untersuchung der Verbandsarbeit „auf Herz und Nieren“ äußerte sich der Gerichtsvorsteher: „Die bayerischen Amtsgerichte haben mit einer sehr großen Gewissenhaftigkeit bis ins Kleinste die Fragen beantworten lassen, die der Angeklagte an die Zeugen stellte. Der Angeklagte sollte nicht sagen, daß er beschwist sei in der Verteidigung.“ Auch die Widerklage des Herrn Wolf gegen Oswald wurde angenommen, trotzdem sie später erhoben wurde. Kollege Oswald erlegte sogar sofort 40 M. zur Ladung der Zeugen, um eine Verzögerung des Prozesses zu verhindern.

Wie ist nun das Ergebnis dieser Untersuchung zur Zürichung des „Wahrheits“beweises für die Schmähbroschüre des Wolf?

Alle Behauptungen des Herrn Wolf sind durch die Zeugenaussagen Zug um Zug als Lüge und Verleumdung gezeichnet worden. Der Vorsitzende Abgeordneter Oswald und der ganze Vorstand des Verbandes sind durch den umfangreichen Prozeß auf glänzendste gerechtfertigt. Nicht ein einziger Zeuge hat gegen die ehrliche und gewissenhafte Arbeit des Vorstandes der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter etwas vorbringen können. Wolf blieb mit seinen falschen Behauptungen und Schmähungen ohne Beweise. Da es ist sogar oft das Gegenteil der Vorwürfe Wolfs durch die eidlichen Zeugenaussagen bewiesen worden. Die sozialdemokratischen Prozeßrichter werden an ihrem Schluß auch in diesem Hauptprozeß keine Freude erlebt haben, denn ihre Spekulationen sind gründlich zu Wasser getreten.

In der Behandlung des Wolf-Prozesses durch die sozialdemokratische „Niederrheinische Arb.-Ztg.“, deren Redakteur ja auch Leidtragender (mit 3 Wochen Gefängnis) ist, tritt dieses Untermögeln deutlich hervor. Die einzige Sache die man nach langem Suchen findet, ist das Tarifblatt des Verbandes aus Anlaß der Solnhofener Aussperrung. Weil dieses Tarifblatt, dessen allmäßliche Schenkung dem Verband in Aussicht gestellt war, im Rechnungsbuch nicht ausgewiesen wurde, soll nun doch eine „Bilanzverschiebung“ vorliegen. Es ist jedem Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit, daß der Vorstand einer Gewerkschaft lediglich den Mittig liegenden des Verbandes über die Geschäftsführung Gewerkschaftshilfzig ist. Tarum wird auch nicht wie bei einer Aktiengesellschaft oder Gewerkschaft eine Bilanz verlangt. Das Gericht hat sich bei der Begründung des Urteils gegen Wolf ebenfalls auf diesen Standpunkt gestellt, und erklärt, daß eine Täuschung der Mitglieder nicht vorgekommen sei, denn in der Generalversammlung hätten Oswald und Stegerwald über die Vermögenslage des Verbandes den Delegierten des Verbandes deutlich Auskunft gegeben.

Den Genossen und besonders dem Herrn Wolf steht es schlecht an, über die Tarifsumme für den Solnhofener Streik und die Aussperrung sich kritisch zu äußern. Wolf war es, der durch einen Artikel an das Papenheimers Volksblatt den Unternehmern in Solnhofen ungünstige Mitteilungen über die Vermögenslage des Verbandes übermittelte. Diese arbeiterrichterische Tat wurde dann durch die sozialdemokratische Münchener Post verwirkt. Den christlichen Arbeitshilfzonen fiel man in der schwierigen Situation in den Rücken und so wurden die Unternehmen in ihrem Überstande gestört.

Also auch diese Beweisführung des Herrn Wolf ist zu seinen Ungunsten ausgeschlagen. Nicht in einem Punkte ist der „Wahrheits“beweis gelungen — trotz der sozialdemokratischen Anwaltsküste, die dem Herrn „Lupus“ zuteil wurde. Das Gericht hat dann auch bei der Verkündigung des Urteils am 21. Oktober die Tat des Herrn Wolf als das gewertet, was sie in Wirklichkeit ist, eine schamlose Machete gegen den Verband, denn er früher angehört hat. Den Schluß des § 193 versagte das Gericht dem Angeklagten unter dem Hinweis auf die Art, wie er die terminellen Missstände „bekämpft“ hat, während er zur Zeit seiner Tätigkeit im Verband in den ordentlichen Sitzungen und Generalversammlungen nichts darüber gesagt habe.

Wegen außerordentlich schwerer Belästigung wurde Wolf nach §§ 185 und 186 des Etr.-G.-W. zu 400 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle für je 10 M. zu einem Tag Gefängnis verurteilt. Von Gefängnisstrafe wurde nur deswegen abgesehen, weil der Angeklagte noch nicht vorbestraft war. Die Plakate der Broschüre werden vernichtet, die Broschüre eingezogen. Das Urteil kann innerhalb 4 Wochen nach Rechtskrift in folgenden Zeitungen auf Kosten des Angeklagten veröffentlicht werden: „Gewerkschaftsstimme“, „Proletarier“, „Militärarbeiter“, „Korrespondenzblatt“, „Kölnerische Volkszeitung“, „Münchener Post“, „Bayerisches Wochenblatt“, „Beobachter am Main“, „Fränkische Tagespost“, „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“. Alle Kosten einschließlich die der Widerklage wurden dem Angeklagten auferlegt. Die Widerklage gegen Oswald wurde abgewiesen.

Durch die Verurteilung Wolfs ist die Sozialdemokratie moralisch mitgetragen und an den Pranger gestellt. Die rote Presse hat die Verdächtigungen Wolfs gleich aufgegriffen und gegen die christlichen Gewerkschaften auszubauen versucht. Eine Anzahl sozialdemokratischer Redakteure sind dieserhalb schon zu bestechlichen Strafen verurteilt worden. Sozialdemokratische Männer geben Wolf bereitwillig ihre Spalten her um seinen Verleumdungsfabrikat gegen die christlichen Gewerkschaften fortzusetzen. Und im vorstehenden Prozeß waren Sozialdemokraten die eigentlichen Richter, die ihre Worte als Meisterstücke so offen spielten, daß der Verteidiger des Praktizierers Oswald vor Gericht unter Beweis stellen konnte, daß der Prozeß von Sozialdemokraten geschoben würde und daß Sozialdemokraten dem Angeklagten Wolf den Rechtsanwalt gestellt hätten. So ist nicht allein Wolf, sondern in erster Linie die Sozialdemokratie durch das Ergebnis des Prozesses moralisch gerichtet. Als Prozeß bleibt ihnen nur der Gedanke, daß sie einander wichtig sind.

Die christlichen Gewerkschaften aber sehen was davon zu halten ist, wenn Renegoten wie Wolf oder deren Helfershelfer sich als Beschützer der Rechte der Mitglieder christlicher Verbände ausspielen und gegen die ordentlichen Instanzen intriquieren.

## Borstände- und Vertrauenswannerkonferenz der Sauerländerischen Ortsgruppen im zweiten Verbandsbezirk.

Am Sonntag den 22. Oktober fand im Lokale des Herrn Schröder in Finnentrop eine Borstände- und Vertrauenswannerkonferenz der im Lenneatal belegenen Ortsgruppen des zweiten Verbandsbezirks statt, in der alle in Betracht kommenden Zahlstellen durch Delegierte vertreten waren. Die Konferenz war von 42 Kollegen besucht und hatte den Zweck, innerhalb der örtlichen Führung wichtige Fragen der Agitation, der Tarif und des Finanzwesens zu beraten und zu klären.

Der Bezirksleiter, Kollege Schmitz-Köln, begrüßte in kurzen Worten die erschienenen Kollegen, legte den Zweck der Zusammenkunft dar, und hielt dann ein großzügiges Referat über die gegenwärtige gewerkschaftliche Lage und die sich daraus für die christlichen Metallarbeiter ergebenden Aufgaben.

Einleitend gab der Redner ein Bild von den gewerkschaftlichen Kämpfen der Gegenwart und hob dabei besonders hervor, daß ausschließender Weise gerade die christlichen Gewerkschaften und namentlich unserer christlichen Metallarbeiterverband in der letzten Zeit viele Kämpfe um das kollektive Recht haben müssen und auch gegenwärtig noch führen. So in M.-Gladbach, Neppen, Troisdorf, Schloss Holte, Langenwehe u. a. m. Damit kam Kollege Schmitz auf die Entwicklung der dem Sekretariat Siegen unterstellten Ortsgruppen, namentlich derjenigen des südlichen Sauerlandes zu sprechen und machte die Mitteilung, daß die Mitgliederzahl der ersten seit der zweiten Hälfte des Jahres 1910 sich um rund 80 Proz. gesteigert habe. Das Resultat sei zwar bestrebend, müsse aber Voraussetzung geben, in der Mitglieder gewinnung mit verdoppelter Eifer weiter zu arbeiten. Besonderes Gewicht müsse auf die Agitation unter den Jugendlichen gelegt werden. Des ferneren gab Redner eingehende Wünsche über unser Verhalten bei entstehenden Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis und bei Wohnbewegungen, wobei er besonders betonte, daß das von den Kollegen zu sammelnde Material einwandfrei sein, und vor allem der Wahrheit entsprechen müsse. Am Schlusse seines Referats beschäftigte sich dann Kollege Schmitz in eingehender Weise mit der Neuregelung der finanziellen Leistungen der einzelnen Ortsgruppen an das Sekretariat in Siegen.

Tie sich an den Vortrag anschließende lebhafte Diskussion ergab die einmütige Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Von verschiedenen Delegierten wurde auf die Notwendigkeit der Anstellung eines weiteren Beamten, speziell für das südliche Sauerland hingewiesen, da der dem in Siegen stationierten freigestellten Kollegen unterstehende Bezirk räumlich zu ausgedehnt sei, um von einer Kraft so bearbeitet zu werden, wie es im Interesse unserer Sache notwendig wäre. Kollege Schmitz erwiderte, daß er in dieser Beziehung noch keine bestimmten Versprechungen machen könne, jedoch würde die Anregung im Auge behalten werden. Vor allen Dingen sei notwendig, daß die in Betracht kommenden Ortsgruppen möglichst schnell die Mittel dazu aufbrächten.

Im weiteren Verlauf der Konferenz sprach dann noch Kollege Schmitz-Siegen über die zukünftigen Aufgaben der einzelnen Ortsgruppen im Lenneatal, sowie über die gegenwärtige Leitung der Lebensmittel und die zu ergreifenden Maß-

nahmen zu deren Milieutung. Das Resultat der einmütig und aufragend verlaufenen Konferenz war die einstimmige Annahme einer Resolution, worin von der Entwicklung im Stand der Ortsgruppen im Bezirk mit Bekämpfung sozialdemokratischer Gewerkschaften die bringende Aussforderung erreicht wird, sich zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen dem christlichen Metallarbeiterverband anzustellen. Von den in Betracht kommenden staatlichen Akteuren und den Kommunalverwaltungen werden in der Resolution Maßnahmen gefordert, um der gegenwärtigen Tendenz mit ihren schlimmen Folgen, namentlich für die minderbemitleste Bevölkerung entgegen zu wirken.

Kollegen des Sauerlandes! Die Konferenz hat uns praktische Wünsche gegeben für unsere zukünftige Arbeit auf den verschiedensten Gebieten. Hebt ist es unsere Aufgabe das Gebot in die Tat umzuführen. Vorwärts immer, rückwärts niemals! Das sei unsere Parole.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Buchdruckerarbeits und christliche Gewerkschaften.

Zur jetzigen Situation im Buchdruckgewerbe nach dem Neuabschluß des Tarifs nimmt das Centralblatt (Nummer 22 1911) in einem Leitartikel eingehend Stellung. Es erhebt ganz entschieden Protest gegen den brutalen Terror, den der sozialistische Buchdruckerarbeitsverband in den „parabolischen“ Tarifinstituten betreibt. Nicht im Interesse der Tarifgemeinschaft, sondern in einseitigem Organisationsinteresse des sozialdemokratischen Buchdruckerverbands suchte man die christlich-nationalen Gewerkschaften aus den Tarifinstituten fernzuhalten und dadurch deren Entwicklung zu unterbinden. Dieser Zustand sei auf die Dauer unthalbar.

Das Centralblatt führt eine Menge von Belegen und eine Anzahl Pressstimmen aus den verschiedenen Parteilagern an, die den Beweis dafür erbringen, daß die angebliche Neutralität des Buchdruckerarbeitsverbandes ettel. Humbug, daß er ebenso wie die übrigen „freien“ Gewerkschaften auf Gebeth und Verderb mit der Sozialdemokratie verbunden ist.

„Trotzdem man also den sozialistischen Charakter des Buchdruckerarbeitsverbandes nunmehr in den verschiedenen Parteilagern erkannt hat, wurde dem gleichen Verband bei der diesjährigen Tarifrevision wieder das moralische Monopol in der Tarifgemeinschaft, gehilfseitig das Monopol in den Tarifinstanzen eingeräumt. Wenn sonach die Prinzipialität des Buchdruckgewerbes nicht mehr den Mut oder die Kraft hat, die primitivsten Forderungen der Gerechtigkeit in der Tarifgemeinschaft des Buchdruckgewerbes zur Geltung zu bringen, so muß hier durch den Druck der öffentlichen Meinung entsprechend nachgeholfen werden.“

Unsere Zustände im Buchdruckgewerbe ist die Offenlichkeit mehr interessiert als an den Vorgängen in irgend einem andern Berufe. Durch die Zeitungen wird die Offenlichkeit weitgehend beeinflußt. Gleich, Staat und Kommunen lassen die Druckfachen in Druckereien herstellen, die einen sozialdemokratischen Verband nicht nur großgepumpt haben, sondern ihm auch den Nachwuchs gleichsam mit Gewalt entziehen. Beobachter vergeben vielfach nur an Druckereien ihre Aufträge, die den Tarif auseinander haben, der die christlich-nationalen Organisation fast vollständig ausschaltet. Bei Krankenkassen, Gewerbegerichts, Kommunalwahlen, besonders bei Landtags- und Reichstagswahlen wird es der Offenlichkeit, der Regierung und den bürgerlichen Parteien nicht egal sein können, ob es nur einen sozialdemokratischen Buchdruckerarbeitsverband gibt. Es ist schon mehr als einmal vorgekommen, daß Flugschriften eher in Händen der sozialdemokratischen Agitatoren waren, als in Händen ihrer Auftraggeber. Im Westerreich, wo der sozialdemokratische Verband Alleinherrscher ist, ist es schon so weit gekommen, daß die Seher sich weigerten, Notizen zu setzen, die Angriffe auf sozialdemokratische Kandidaten enthielten.

Der „Sieg“ des Verbandes bei der letzten Tarifrevision ist nur ein „Psychozug“; der gegenwärtigen Fanfare des Buchdrucker-Korrespondenten wird die Chancade wieder genau folgen, wie dies 1906 gelegentlich der Schaffung und 1907 bei der Aufhebung des Monopolvertrages der Fall war. Noch ein solcher Sieg und die Tarifgemeinschaft liegt in Trümmer. Wir müssen gestehen: wir hätten die Funktionäre des Buchdruckerarbeitsverbandes, die sich einbilden, eine große Tat vollbracht zu haben, für größere Geister gehalten. Eine nationale Tarifgemeinschaft ist, wie die Verhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung nur einmal liegen, mit dem von dem Verbande der deutschen Buchdrucker betriebenen engen organisierten egoismus und brutalen Terror nicht zusammenzuhalten. Diese Tatsache wird in absehbarer Zeit dem seither von allen Seiten verhüllten und dadurch verschleihten Buchdruckerarbeitsverband zum Bewußtsein gebracht werden. Wenn dann die Schriftsteller und Freunde des Tarifgedankens diesem Kampf schmunzelnd zuschauen und für ihre Bestrebungen daraus Kapital schlagen, so haben diese unliebsamen Begleitercheinungen die „Strategen“ des Buchdruckerarbeitsverbandes sich selbst zuschreiben. Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist weder willens sich von den Schriftstellern niederschlagen zu lassen, noch den sozialdemokratischen, brutalen Terror stillschweigend hinzunehmen. Wir sind uns bewußt, daß wir mit dem Kampfe gegen die Auswüchse in der Tarifentwicklung dem Tarifgedanken an sich umso wirkungsvoller zur Ausbreitung verhelfen. Also: Bei Philippi schen wir uns wieder.“

Sowohl das Centralblatt. Nach dieser energischen Kampfansage dürften noch etrusche Auseinandersetzungen im Buchdruckgewerbe bevorstehen.

### Eine neue Tabakarbeiteraussperrung.

Naum ist der Kampf in der niederrheinischen Tabakindustrie beendet, da seit er auch schon in der westfälischen und niedersächsischen Zigarettenindustrie mit bestreitbarer Schärfe wie der ein. Zurzeit beträgt die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in der westfälischen Zigarettenindustrie nahezu 10 000, darunter mehr als 4000 Arbeiterinnen. Der christliche Tabakarbeiterverband ist mit 2000 Mitgliedern bei dem Kampfe beteiligt. Um den Ausgesperrten in Westfalen nicht in den Rücken fallen zu müssen, haben die Arbeiter in Hamburg-Altona, Bremen usw., 2500 an der Zahl, ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich dabei um Firmen, die im genannten Südbaden gebiet ihren Sitz haben und Filialen in Westfalen unterhalten. Nunmehr wollen auch die übrigen daselbst in Frage kommenden Firmen die Arbeiter aussperren. Damit dürfte sich der Kampf bald auf rund 14 000 Arbeiter erstrecken.

Diese gewaltige Aussperrung ist von den Fabrikanten aus einer geringfügigen Ursache ins Werk gebracht worden. Die Arbeiter hatten bei 12 Sätzen befehlene Fortsetzungen gestellt. Die wirtschaftliche Lage der westfälischen Tabakarbeiter erfordert

daraus, daß nach den Berichten der Fabrik-Berufsgesellschaft in den drei wichtigsten Kreisen 11 557 Arbeiter einen täglichen Durchschnittsdienst von 2,16 M. hatten. Die beschwerden Förderungen der Arbeiter wurden jedoch abgewiesen. Was man mit der Aussperrung bezwecken will, geht daraus hervor, daß man alle organisierten Arbeiter kündige, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffende Organisation den erstmals festgestellten Forderungen beteiligt war oder nicht. Es kann nur 15 christlich Organisierte bei den genannten Fabrikatoren in Frage. Sie standen 12 Fertigungsstellen gegenüber. Der Kirsch-Duncker'sche Gewerbeverein hatte kein einziges beteiligtes Mitglied an der Dohnbauerbewegung, trotzdem war sein Mitglieder mit der Aussperrung befasst. Man wollte also legale Organisationen ständig beseitigen, gleichviel, ob dazu ein Urteil vorlag oder nicht.

Bei diesem, ihnen von den Fabrikanten aufgezwungenen Kampfe werden unsere christlich organisierten Fabrikarbeiter sicher in demselben Maße auf die tödliche Unterstützung der übrigen christlich-nationalen Arbeiterschaft und auch der breiteren Öffentlichkeit rechnen müssen, wie bei der jüngsten Bewegung am Niederrhein. Jedemfalls aber spricht dieser, seitens der Fabrikanten freilich vom Hause gebrochene Kampf ganz und gar nicht dafür, daß die immer wieder vorgebrachten Klagen dieser Herren über ihre „sehr gedrückte Lage“ ernst genommen werden dürften.

### Die Gelben schwärmen weiter.

Auf der Dresdenner Tagung der Gelben am 31. Juli d. J. wurden, wie wir in unserer Nr. 41 berichteten, „christliche Terroristismusfälle“ konstatiert, wie insbesondere verlautet, daß Mangel an anderer passender Beschäftigung. Der Fall Schilt-Nürnberg wurde in der gelben Öffentlichkeit besonders hervorgehoben. Irrtümlich wurde dann in der Tagesspreche und auch in der von uns gebrauchten Rotz Nürnberg mit Augsburg vertauscht. Die heimzeitige Kennzeichnung des Falles durch unser Organ als „freie Erfundenen“ trifft indes auch für Nürnberg voll und ganz zu. Daraon kann auch der gelbe „Bund“ nichts ändern, der die Mütter, Schilt habe den Terrorismus der christlichen Gewerkschaftler am eigenen Leibe erfahren, nochmals austräumt und unsere Abroststellung des gelben Mandates während „christlich-sozialer Schwindel“ schimpft.

Demgegenüber stellen wir hier folgendes fest: Das „ganze Geschäft“, das der Vater des Schilt in Nürnberg nach der gelben Darstellung gehabt haben soll, ist kein schlechter Witz — denn er war in einer Buchhandlung als Volksporteur tätig. Mit der heimzeitigen Entlassung des Schilt hatten aber die christlichen Gewerkschaftler Nürnbergs einschließlich des christlichen Metallarbeiterverbandes nicht das allergeringste zu tun; sie hatten auf seine Entlassung keinen Einfluss. Jede gegenteilige Behauptung, sowie entsprechende Schlussfolgerungen über christlichen Terrorismus müssen als frechen Schwund bezeichnet werden. — Damit wird sich hoffentlich auch der gelbe „Bund“ zufrieden geben.

### Befreite sozialdemokratische Verleumder.

In Schweinfurt hatte seinerzeit die Verteilung eines Flugblattes worin die Pfarrheim- und Niederlage des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gekennzeichnet war, bei den Genossen einen Wutanfall ausgelöst. In einem Flugblatt wurde von Seiten der Genossen mit einer Reihe von persönlichen Beschimpfungen der Kollegen Konrad und Henr. geantwortet. Die letzteren erhoben deshalb Beleidigungslage gegen die Beamten Gasbeiger und Hahn vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Das Urteil lautete auf je 10 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten.

### Moralische Verlumpung

hatte die sozialdemokratische Dörtnander „Arbeiterzeitung“ dem Reichstagabgeordneten Behrens sowie den übrigen christlich-nationalen Arbeitern gezeigt, wo die Bahnstelle des sozialdemokratischen Tiefarbeiterverbandes vor einer Versammlung der weiblichen Mitglieder — meistens Mädchen unter 20 Jahren — über „Kinderrogen und kein Ende“ referierten ließ. Was die Referentin, eine Frau Harder aus Bremen, den jungen Arbeitern zu bieten wolle, ist unverständlich. Die Hanoverische „Volkszeitung“ (Nr. 221, 27. Sept. 1911) berichtet darüber:

### Freigewerkschaftliche „Bildungsarbeit“

Zu den sogenannten „freien“ Gewerkschaften werden zur „Aufklärung“ der Mitglieder „populär-wissenschaftlich“ Vorträge veranstaltet. Wie diese „Aufklärung“ beschaffen ist, hat sich am 19. September in Hannover-Linden gezeigt, wo die Bahnstelle des sozialdemokratischen Tiefarbeiterverbandes vor einer Versammlung der weiblichen Mitglieder — meistens Mädchen unter 20 Jahren — über „Kinderrogen und kein Ende“ referierten ließ. Was die Referentin, eine Frau Harder aus Bremen, den jungen Arbeitern zu bieten wolle, ist unverständlich. Die Hanoverische „Volkszeitung“ (Nr. 221, 27. Sept. 1911) berichtet darüber:

„Den Inhalt der Gemeinheiten wiederzugeben, verbietet der Anstand. Es genügt, zu bestätigen, daß die Referentin nach den bei den Genossen üblichen Schimbereichen aufscheute, den Nachwuchs zu regulieren. Der Reihe nach besprochen sie alle bestehenden Vorbeugungsmittel, worunter vor jenen, die mittlere Strafgesetzbuch in Konflikt bringen, der Form halber, befand sich aber ganz genau, wie es gewußt wird, welche Mittel gesundheitsschädlich seien und welche nicht und riet dazu, im Falle der Abtreibung der Nachbarin gegenüber keinen Mund zu halten, denn nur dadurch können diese Dinge zur Kenntnis der Polizei. Die reichen Leute hielten sich für die Abtreibung einen Platz, bei armen Leuten ließe sich kein Platz dazu bereit finden.“

Die Redaktion gab Gebrauchsantreibung und Bezugssquellen solcher Vorbeugungsmittel bekannt und wies die jungen Männer darauf hin, daß sie genau so wie die berührten Frauen das Recht auf Lebensfrüchte hätten. Eventuellen Folgen könnten und müßten sie vorbeugen. — Die christliche „Textilarbeiterzeitung“ schreibt mit Recht, diese jede Moral und jedes sittliche Empfinden untergräbenden Belehrungen müßten als geradezu scandalös, als Volksvergängung im wahrsten Sinne des Wortes bezeichnet werden.

### Kündungen.

Die „Streitunterstützungsfasse“ der Friedenvereine, welche der Krieger- und Landwirtschaftsverband als eine deutsch-nationalen Unterstützungsstasse für „ausgeferte arbeitswillige“ Kriegeren ins Leben rufen wollten, scheint nicht die geplanten Umfangen zu kommen. Doch scheint die Sache noch nicht ganz ausgegeben zu sein. So tragen sich neuerdings nach einer Melbung der „Söhlener Zeitung“ die Friedenvereine mit der Kündigung, daß

eine Versicherungskasse für ihre Mitglieder zu errichten, woraus sie bei Ausständen und Aussperrungen unterstützt werden sollen. Die Unterstützung sollte so bemessen sein, daß sie der von den freien Gewerkschaften gezahlten mindestens gleich komme und sich auch auf die Familienangehörigen erstrecken. Wenn die Feiergittervereinsleistungen im roten Färbereich glauben sollten, durch diese Maßnahme die rote Flut einzudämmen zu können, so befinden sie sich auf dem Holzweg. Nicht mit gefärbten Alkoholunterschriften wird die Arbeiterschaft bei der nationalen Fahne gehalten, sondern einzige durch eine aufrichtige Interessenvertretung, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung ruht. Diese Interessenvertretung findet die national geführte Arbeiterschaft in den deutsch-nationalen Gewerkschaften. Die Kriegsvereine sollten ihre dem Arbeiterschaft angehörigen Mitglieder daher diesen zuwenden. Damit wäre ihnen und den nationalen Interessen mehr gedient, als mit den geplanten, ins gesetzliche schmückenden Unterstützungsplänen.

Ein sehr einfaches Beispiel. Der neue Stahlverein verband ist jetzt endgültig perfekt; alle Stahlersteller gehören ihm an. Eine der ersten Schritte der neuen Organisation war eine Erhöhung der Grundpreise um 2,50 bis 2,75 M. pro Tonne. Die Durchführung der neuen Preise wird neben dem Syndikatvertrag von der Händlerorganisation, welche der Stahlerverband gruppentweise eingerichtet hat, garantiert. Das ist sowohl ganz schön und gut. Wir können und wollen bei dieser Gelegenheit keine Betrachtungen anstellen über die wirtschaftliche Bedeutung der Ringe; vielmehr sei die Aufmerksamkeit auf einen anderen, nicht minder wichtigen Punkt gelenkt.

Das Roheisen wird bekanntlich ausschließlich in den Hochöfen produziert. Die Feuerarbeiter dieser Werke müssen jährlich, jahrein, auch an Sonn- und Festtagen, ihre zwölf Stunden arbeiten. Sonntagspostergänge sind den Hochöfenarbeitern unbekannte Dinge; einen Sonntag kommt er vielleicht von der Nachtshift heim und am anderen Sonntagnachmittag geht's in aller Hettgottshof zur tierundzwanzigstündigen Wechselschicht. Die jahrelangen Bemühungen des christlichen Metallarbeiterverbandes, diesen armen geplagten Menschen durch Erringung des Achtstundentages ein menschenwürdiges Leben zu schaffen, waren bisher vergeblich. „Unsere blühende Roheisenindustrie würde durch die Belastungen des Achtstundentages ruinieren“, „der Weltmarkt erträume sie dann“, so und ähnlich lauteten die Einsände. Ebengenannte Preiserhöhung des Roheisenverbandes beweist aber das Gegenteil. Nach dem statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches, Jahrgang 1911, betrug die Roheisenproduktion Deutschlands im Jahre 1909 insgesamt 12 644 900 Tonnen; die mittlere Belegschaft 42 227 Mann. Die Gesamtlohnsumme wäre bei Zugrundelegung des Durchschnittslohnes von 1500 M. 63 340 500 M. Nach Einführung des Achtstundentages und gleichzeitiger Erhöhung der Arbeiterzahl um ein Drittel würde sich die Lohnsumme um  $14\ 000 \times 1500 = 21$  Millionen M. erhöhen. Wir nehmen bei dieser Rechnung an, an, daß etwa zwei Drittel von den 42 227 Arbeitern Feuerarbeiter sind, was so ziemlich den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Auch wollen wir die durch die Arbeitszeitverkürzung voraussichtlich eintretende höhere Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters hier ganz außer Acht lassen. Die Tonnen Roheisen würden dann durch die 21 Millionen M. Mehrlohn, um 1,75 M. teurer werden. Nun haben unsere Roheisenindustrien durch das Syndikat den Preis der Tonne nicht nur um 1,75 M., sondern gar gleich um 2,50 bis 2,75 M. erhöht, ohne daß auch nur einer der Herren, die von der weit geringeren Belastung, die der Achtstundentag der Feuerarbeiter erfordert würde den Mut in der Industrie befürchten, von dieser Furcht befallen worden wäre. Es ist doch bezeichnend, daß nach der Meinung dieser Herren eine Preiserhöhung der Fabrikate nur dann die Industrie ruinieren muß, wenn es gilt, an sich auch noch so berechtigte und notwendige Verbesserungen des Arbeitertschusses zu verwirklichen. Die glatte Durchführung der Preiserhöhung des Roheisenverbandes beweist aber unzweckmäßig, daß auch die Durchführung des Achtstundentages für die Feuerarbeiter ohne die geringste Schwächung der deutschen Roheisenindustrie sehr wohl möglich ist. Die Allgemeinheit würde noch nie eine Preiserhöhung williger übernommen haben, als eine solche, die lediglich zur Durchführung des Achtstundentages für die Feuerarbeiter notwendig wäre.

Ist das Fahrgehalt zur Werkstatt vom steuerpflichtigen Einkommen abzugsfähig? In Düsseldorf hatte ein Arbeiter gegen seine Steuererklärung Einspruch erhoben mit dem Verlangen, daß aufgewandte Fahrt zum Arbeitsplatz von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen. Es sei ihm unmöglich, den weiten Weg zur Arbeit zu Fuß zurückzulegen, ohne geschwächt zu sein. Die Verhandlungskommission hatte daraufhin entschieden, daß das Fahrtgehalt von der Wohnung zur Werkstatt und zurück vom Einkommen nicht abgezogen werden könne. Die Berufungskommission ist jedoch, wie wir ber. Köln. Blg. entnehmen, auf Grund des § 20 des Einkommensteuergesetzes — Bereinigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des steuerpflichtigen Verbrauchsosten — zu der Entscheidung gelangt, daß als folge der Bereinigung die notwendigen Auslagen für Straßenbahnsafächer anzusehen seien. Der Steuerhof wurde infolgedessen von 21 M. auf 16 M. ermäßigt. Das Urteil dürfte für viele Steuerzahler der unteren Stufen von besonderem Interesse sein.

Zur Wirtschaftslage äußerte sich der Generaldirektor Kirdorf der Gelsenkirchener Bergwerksättigungsgesellschaft auf der letzten Generalversammlung des großen Riesenwerkes. Herr Kirdorf hat ähnlich wie Sommerzentrat Möller vom Hörster Stahl- und Eisenwerk die wirtschaftlichen Aussichten als durchaus günstig bezeichnet. Er war der Meinung, daß die Stahl- und Walzwerke noch bessere Ergebnisse hervor würden als bisher. Andere Meinung war ein Mitarbeiter; er bemängelte die Erweiterungspolitik der Gelsenkirchener Bergwerksättigungsgesellschaft sehr. Mit dem Hinweis auf die Berggrößenzug und die „Quotenjagd“ der großen Gruppen habe er tatsächlich den wundervollen Punkt der Entwicklung des deutschen Montan-Großgewerbes getroffen, meint dazu die Kölnische Volkszeitung. Diese Entwicklung führt nämlich unbedingt dahin, daß die Leistungsfähigkeit der Werke weit größer wird, als die Möglichkeit des Absatzes. Die Folge davon sei Bergbau im Ausland, die zum Beispiel im Rostockerhafen zu dem hässlichen Streit zwischen Güternzeichen und reinen Zechen geführt habe.

Auf alle Fälle sollten die Arbeiter der Schrotindustrie durch Zusammenschluß der Organisation sich vor unliebsamen Übergriffen schützen. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann hilft kein Judentum mehr. Darum organisiert auch!

Aus der Metallindustrie. Fünfunddreißig Prozent Dividende erhalten die Stammaktionäre der Deutschen Gasglühlampen-A.-G., während auf die Vorzugsaktien fünf Prozent fallen. Der Bruttogewinn beträgt 5 657 074 M. Der Aufsichtsrat erhält 100 000 M. und die Ruhrgesellschaft und Unternehmensstasse 270 000 Mark. Von dem Gewinnrest im Betrage von 1 327 074 Mark sollen 954 000 M. zu außerordentlichen Abschreibungen verbraucht werden; dadurch wird erreicht, daß von den sechs Anlagenrechnungen zwei auf je eine Mark abgeschrieben werden während die restlichen vier Anlagenrechnungen, nämlich 1. für Einrichtungen, 2. für Werkzeuge und Maschinen, 3. für elektrische Anlagen und Apparate, und 4. für Fabrikneuerung, dann nur noch mit je 100 000 M. also zusammen mit 400 000 Mark zu Buche stehen. Der verbleibende Rest des Gewinns von 373 074 (im Vorjahr 38 972 M.) soll auf neue Rechnung verbraucht werden. — Der Bruttogewinn der A.-G. Düsseldorf Eisenbahnbau beträgt nach 96 397 M. Abschreibungen 586 686 Mark zu folgender Verteilung: Satzungsgewinne Gewinnanteile 35 972 M., Beantens- und Arbeiterschaft 25 000 M., 13% Dividende 488 000 M. und Vortrag 57 714 M. — Der Abschluß der Wöhrenbananafabrik mit Maschinenfabrik vom. Gebr. Seck weist nach 293 161 M. Abschreibungen 955 069 M. Ruhrgewinn auf, wovon 480 000 M. als 12% Dividende verteilt und 326 043 Mark vorgetragen werden. — Die Maschinenfabrik Hoeschleben in Düsseldorf erzielte nach 113 926 M. Abschreibungen einschließlich 39 658 M. Vortrag einen Bruttogewinn von 350 985 Mark zu folgender Verteilung: Rücklage 15 588 M., Sonderrücklage 60 000 M., Sicherheitsbestand 25 000 M., Ruhrgewinn 1400 M., Gewinnanteile 32 668 M., 10% Dividende 140 000 M. und Vortrag 76 351 M. — Der Süddeutschen Drahtindustrie in Mannheim-Waldhof verbleibt nach 90 150 Mark Abschreibungen ein Reingewinn von 212 75 M., wovon 8% Dividende verteilt, 10 000 M. der Sonderrücklage zugewiesen und 74 373 M. vorgetragen werden sollen. — Die Generalfabrik Dechselhäuser erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 124 672 M. zu folgender Verteilung: Rücklage 3500 M., Gewinnanteile 11 832 M., Wirtschaftseinrichtungen 3000 M., Belehnungen 1000 M., Dividende 55 000 M. = 5 1/2% und Vortrag 50 121 M. — Bei der Maschinenfabrik Baumüll in Hanau (Wesf.) stellt sich der Ruhrgewinn auf 114 414 M. Nach Abschreibungen von 57 630 M. zugänglich Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 69 206 M., welcher wie folgt verteilt werden soll: Zur Rücklage 2839 M., Rücklage für Talonsteuer 1 M. 1000, zum Sicherheitsbestand M. 2100, Gewinnanteile für den Vorstand und feste Vergütung für den Aufsichtsrat M. 4542, 4 Proz. Dividende = M. 44 000, Gewinnanteile für den Aufsichtsrat M. 184, Vortrag auf neue Rechnung M. 14 541. — Die Wälzschienenbau-A.-G. vom. Gebr. Klein in Dahlbruch erzielte im letzten Geschäftsjahr 342 325 M. Betriebserlös einschließlich Vortrag einen Reingewinn von 86 983 M. für Abschreibungen, 21 362 M. für Gewinnanteile, 20 000 M. für die gesetzliche Rücklage, 4000 M. Rückstellung für Talonsteuer, 50 000 M. für Sicherheitsbestand und 160 000 M. für 4 Proz. Dividende. — Die Eisenhütte und Schloßfabrik, Gebr. Jüdick in Velbert erzielte 1910/11 nach 21 600 M. Abschreibungen einschließlich Vortrag einen Reingewinn von 38 704 M. zu folgender Verteilung: Rücklage 1686 M., Aufsichtsrat 4000 M., 8 Proz. Dividende 30 000 M. und Vortrag 3018 M.

Gewerkschaftsschuldigen Lebemut müssen wir schon früher einmal beim holländischen Diamantarbeiterverband konstatieren. Neuerdings hat dieser Verband wieder eine ebensole „Selbstentlastung“ vorschrift. In Amsterdam steht seit vier Wochen eine der größten Diamantensäfte. Die Ursache ist kurz folgend:

Die Firma betreibt eine Zweigfabrik in Antwerpen. Eine Anzahl Arbeiter des Antwerpener Werks erklärten nun ihren Austritt aus dem Diamantarbeiter-Vimb, worauf die Leitung von der Firma die Entlassung dieser Arbeiter verlangte. Die Firma ging auf diese Forderung nicht ein. Die Folge war, daß die Leitung des Diamantarbeiterverbandes den Arbeitern des Amsterdamer Werkes kurzweg befahl, die Arbeit nieder zu legen und sie nicht eher wieder anzunehmen, bis die Arbeiter des Antwerpener Werks wieder in die Organisation zurückkehren würden. Das Organ des Diamantarbeiterverbandes gibt selbst zu, daß der Fall für die Firma sehr unangenehm sei, daß man sie gewissermaßen bedrängt habe, aber wozu, so heißt es weiter, diene sonst die Organisation der Arbeiter, die sich verpflichtet haben, unter allen Umständen einander beizustehen?

Wir müssen gestehen, daß diese Interpretation des Gewerkschaftszweckes dem ganzen Thesen der Scharfsucher aus allen Nationen das schönste Material für neue Gesetze zur Schließung der Gewerkschaften liefert. Von der norwegischen Seite der Sache wollen wir hier ganz abschließen; denn Moral und Sozialdemokratie sind bekanntlich schon an sich unbekannte Gegensätze.

„Ginen ureisen Burischen“ nannten die Genossen Dalmatiner Jesus, der jüngst bei den Deuerungsdebatten im Wiener Parlament Rechtsstreit gegen die Minister feierte. Mit großer geheuchelter Entschiedenheit fuchten sie dieses Früchtchen ihrer Hetzagitaten von ihren Hochschößen abzuschütteln: Nicht das Geringste habe der Mann mit der Sozialdemokratie zu schaffen. Dieses rote Manöver wurde nun auf dem in Innsbruck tagenden sozialdemokratischen Parteitag gründlich gesetzt. Der slowenische Sozialistenführer Kristan plauderte dort zum Schreden gewisser Drahtzieher böse aus der Schule und führte u. a. aus:

„Es hieße unserer Partei, die ich vertrete, Abbruch tun, wenn ich sage, Jesus ginge unsre Partei nichts an. Nein, Kristan war Mitglied unserer Partei. Es ist da wieder etwas zu leugnen, noch etwas zu befürchten; wenn sich aber Jesus zu dieser unfeinigen Tat ganz hinreissen läßt, trägt hier an die unselige Politik eines Baron Gautsch die Schuld. Die Röflage müsse schon eine ganz gewaltige sein, wenn ihre Wirkung bis nach Dalmatien hinunter reiche und auch dort eine solche Aufrregung heraufziehe. Aufrregungen, die in Wien naturgemäß zur Explosion führen müßten!“

Erschreckend für die sozialdemokratische Presse, einschließlich der roten Arbeiterzeitung in Wien ist, daß dieser Passus der Rede einfach unterschlagen wird.

Die Daten der Genossen harmonierten bekanntlich meist durchaus nicht mit ihren schönen Theorien. „Abschaffung aller indirekten Steuern!“ Diese Forderung stellen sie fast sofortig an alle gegebenden Körperschaften und mit der ganzen Entstaltung, deren mit so einigen Genossenagitator häufig ist. Ichmeppt er jeden einen Volksausbeuter und Lebensmittelwucherer, wenn er nicht blindlings auf diese Forderung der roten Partei schwören mag. Wie aber machen's die Genossen selbst

In Kaiserslautern hat längst der in seiner Mehrheit sozialdemokratische Stadtrat beschlossen, den städtischen Bier- und Weinzoll auf weitere 15 Jahre zu erheben. Zu dieser Sache selbst wollen wir uns hier nicht äußern, die mag man in Kaiserslautern unter sich ausmachen. Wir wollen mit der Erwähnung dieser Angelegenheit an dieser Stelle nur zeigen, daß die Sozialdemokratie ihre sog. prinzipiellen Forderungen selbst nicht einmal verwirklicht, wie sie die Macht dazu doch in Händen hat. Freilich mit schönen Agitationssplakaten lassen sich nicht einmal die Betriebsmittel für den Haushalt einer Gemeinde, geschweige denn die für ein großes Staatswesen aus dem Boden stampfen. Da müssen die roten Hände eben mit denselben Waffen lochen wie andere Deute auch. Das hindert freilich die rote Feuerkugel seineswegs, die christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten wegen ihrer positiven Mitarbeit bei der Schaffung neuer Einnahmen für den Reichshaushalt in der demagogischen Weise zu verbürgtigen. Einsichtige Arbeiter werden bei Demagogen aber dafür bei Gelegenheit die rechte Antwort nicht schuldig bleiben.

Unter den Hammer gekommen ist wiederum auch das rote Gewerkschaftshaus in Bonn. Das dortige sog. „Volkshaus“ wurde vor vier Jahren von einer eignen dazu besetzten Firma m. b. H. erworben, um den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Partei als Verleih- und Versammlungsraum zu dienen. Der Termin der Erweiterung ist auf den 15. Dezember festgesetzt. Das verkaufte Haus der Essener Gewerken erwarb seinerzeit bekanntlich der Großindustrielle Stinnes und dessen Sohn Kasseler Genossen der Lokomotivfabrikant Henschel; über das Bonner „Volkshaus“ erbarbeitet sich vielleicht der Großindustrielle Goedelius. „Ja, ja, es ist doch ein Kreuz mit den Gewerkschaftshäusern“ schreibt Goedelius — so ähnlich konnte man wenigstens vor einigen Wochen im Correspondenzblatt der Generalversammlung zwischen den Seiten lesen.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Essen-Nahr.** Einen schönen Erfolg für die Arbeiterschaft brachte eine Lohnbewegung auf der Borbecker Maschinenfabrik und Gießerei. Schon seit mehreren Monaten wurden seltsam bei christlichen Metallarbeiterverbandes Erhebungen angestellt über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, bis Mitte Juli eine öffentliche Versammlung hierzu Stellung nahm und die Organisation beantragte, einen Vertragsentwurf auszuarbeiten und der Firma zu unterbreiten. Am 4. Oktober wurde der Entwurf mit einem Begleitschreiben der Firma zugesandt, auf das hin am 10. Oktober sich das Direktorium bereit erklärte, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Um Verlaufe dieser Verhandlungen wurde folgender Vertrag angenommen:

### Tarifvertrag

vereinbart am 27. Oktober 1911 zwischen der Borbecker Maschinenfabrik und Gießerei Berger-Borbeck, und dem Christlichen Metallarbeiterverband u. dem Deutschen Metallarbeiterverband.

§ 1. Die Arbeitszeit beträgt 8½ Stunden, und zwar im Sommer von 7—12 Uhr und von 11½—6 Uhr; im Winter von 7—12 Uhr und von 1—5½ Uhr.

### § 2. Stundenlohn:

	für ungelehrte gelernte Arbeiter	
unter 18 Jahren	85	9
von 18—20 Jahren	85	9
von 20—26 Jahren	40	9
über 26 Jahren	42½	9
		50

Für die Leute, die diesen Lohn schon verdienen, wird eine Lohnzulage von 8 Pf. bewilligt.

§ 3. Es findet eine Erhöhung der aufbesserungsbedürftigen Arbeitszeit statt.

a) Arbeitet ein Mann an mehreren Arbeitsmaschinen gleichzeitig, so werden die Arbeitsstunden nicht abziehen, sonst wird das arithmetische Mittel plus 5% desselben zur Rechnung gebracht.

b) Die Vereinbarung d. s. Abordpreises erfolgt vor Kenntnis des betreffenden Arbeitsstundens.

c) In jeder Werkstatt wird ein Buch mit den die Werkstatt betreffenden Abordfächern zur Einsichtnahme durch die Arbeiter der diesbezüglichen Werkstätten aufgelegt.

d) Kommt bei Stücken, die das erste Mal angefertigt werden, eine Abordvereinbarung nicht zu stande, so wird das erste Stück in Schichtabord hergestellt. Die Höhe des Schichtabordes beträgt 5% weniger als der Durchschnittsabordverdienst der letzten drei Monate des betreffenden Arbeiters.

e) Einmal festgesetzte Aborde sollen nach drei Monaten nach ihrer ersten Festsetzung nur reduziert werden, wenn entweder eine Verbesserung des Materials, der technischen Einrichtungen oder eine Vereinfachung des betr. Werkstückes vorgenommen wird.

§ 4. Arbeit eine Stunde vor Beginn und eine Stunde nach Schluss der Schicht wird nicht als Überstundenarbeit angesehen. Für Mehrstunden von: eine Stunde nach Schicht bis 9 Uhr abends werden 25%, für Nacharbeit von 9 Uhr abends bis Beginn der Morgenschicht werden 50% und für Arbeit am Sonn- und gesetzlichen Feiertagen werden 100% Zuschlag zu den Löhnen gezahlt.

§ 5. Lehrlingswesen. a) Wie bisher wird der tarifvertrag festgesetzte Tagesserdienst garantiert. b) Lehrlingsabordpreise gelten nicht für Vollarbeiter.

§ 6. Es wird aus der Arbeiterschaft nach dem Verhältnismäßigsystem ein Arbeiterratsausschuß gewählt, der im Namen der Belegschaft für diese verbindlich zu verhandeln hat.

§ 7. Bei Arbeitsmangel soll nach Möglichkeit von Arbeiterentlassungen abgesehen werden.

Dieser Vertrag tritt am 1. Dezember 1911 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1913. Er verlängert sich stillschweigend um je ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens am 30. September eine Kündigung zum Jahresabschluß erfolgt.

Bergedorf/Essen-Stadt, den 27. Oktober 1911.

Für die Borbecker Maschinenfabrik und Gießerei

Kattenstein. J. Henkel

Für den christlichen Metallarbeiterverband

H. Hirschfeld. H. Pabberg

Für den Deutschen Metallarbeiterverband

C. Brüder.

Mit dem Abschluß des Tarifs sind langgehegte Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt, und es liegt jetzt an den Kollegen, das erreichte nicht nur festzuhalten, sondern mit der Zeit auch noch weiter auszubauen. Die Borbecker Maschinenfabrik und Gießerei fertigt als Spezialität Bäckereimaschinen und beschäftigt circa 200 Mann, von denen der größte Teil dem Christlichen Metallarbeiterverband angehört. Nur der Ge-

schlossenheit und Einigkeit der Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß der Tarif für sie so glücklich abgeschlossen werden konnte. Nun gilt aber für die Kollegen, nicht nur selbst zu halten am Verband, sondern dafür zu sorgen, daß auch der letzte Arbeiter der Borbecker Maschinenfabrik, ob jung oder alt, unserem Verbande zugeführt wird.

### Zur Lohnbewegung in der Bielefelder Metallindustrie.

Nachdem von den Arbeitern der fünf großen Nähmaschinen und Fahrradwerke die Lohnänderungen der Arbeitgeber akzeptiert worden sind, haben die Arbeiter der übrigen Werke ebenfalls Forderungen eingereicht. Diese sind im Rahmen der Lohnänderungen der fünf großen Werke gehalten und haben folgenden Wortlaut:

„Wie Ihnen bereits bekannt sein dürfte, sind auf die Forderungen der Arbeiter der fünf größten Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabriken in den Vergleichsverhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer folgende Vereinbarungen getroffen worden: (Es folgen die von uns bereits in Nr. 42 veröffentlichten Vereinbarungen.)

Zu einer gestren abgeholsten Versammlung der Arbeiter Ihrer Firma wurden die Vertreter der beteiligten Arbeiterverbände beauftragt, Ihnen diese Vereinbarungen zu unterbreiten und Sie um Ihren Beitrag zu denselben zu ersuchen. Bezüglich der Bestimmung, daß die Wespause in Weißfall kommen soll, möchten wir bemerken, daß wir es in Ihrer Ermessen stellen, nach Rücksprache mit Ihren Arbeitern, dem bisherigen Brauch entsprechend, die Pause beizubehalten.

Wir glauben, daß wir bei Ihnen die Kenntnis von der Einteilung und dem bisherigen Verlauf der Bewegung voranstellen und darum auf eine ausführliche Begründung der vorstehenden Vereinbarungen verzichten dürfen. Immerhin stehen wir zu jeder mildelichen Verhandlung jederzeit zu Ihrer Verfügung.

Wir bitten Sie höflich, uns Ihre Antwort bis zum 24. Oktober übermitteln zu wollen.“ (Unterschriften.)

Die in Frage kommenden Werke halten am 23. Oktober auf der Handelskammer zu Bielefeld eine Sitzung ab, um zu der eingegangenen Eingabe Stellung zu nehmen. Sie glauben nun, nicht die Eingabe voll und ganz berücksichtigen zu können und bitten bei Organisationen nachstehende Antwort zu geben:

„In der am 23. Oktober 1911 in der Handelskammer stattgehabten Sitzung von Vertretern der hiesigen Eisenindustrie wird der Geschäftsführer Dr. v. Wachter abgefragt, bezüglich der Arbeitserfordernisse, welche in denjenigen Betrieben gestellt worden sind, die nicht der Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie angehören, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen in Verhandlung zu treten, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Die Frühstücks-, Mittags- und Wespause bleiben in den in Betracht kommenden Betrieben bestehen. (In Frage kommen die Betriebe der Eisenindustrie mit Ausnahme der Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie.)

2. Die im Jahre 1911 erhöhten Lohnsätze bleiben von den jetzt zunehmenden Lohnverhältnissen unberührt.

3. Die Lohnzehrung werden gewährt einheitlich 2 Pf. pro Stunde für die im Tagelohn beschäftigten Arbeiter.

4. Die getroffenen Vereinbarungen treten mit der ersten Lohnperiode des Jahres 1912 in Kraft.

5. Die getroffenen Vereinbarungen sind für sämtliche Betriebe der Eisenindustrie ohne Vornahme weiterer Lohnzehrungsansprüche für mehrere Jahre festgelegt.

J. v. Wachter: „Dr. Fr. von Wachter.“

Nach einer Aussprache der Organisationsvertreter wurde beschlossen, den Werken, resp. dem Syndikus der Handelskammer Herrn Dr. Fr. von Wachter mitzutun, daß aus der von ihnen vorgeschlagenen Grundlage keine Einführung erzielt werden könne, daß unsererseits vielmehr darauf bestanden werden müsse, daß die materiellen Forderungen der Arbeiter von den Werken anerkannt werden.

Darauf traten die Arbeitgeber nochmals zu einer Sitzung am 1. November zusammen und beschlossen, daß sie die materiellen Forderungen anerkennen und ebenfalls die geforderte Arbeitszeitverkürzung zugestehen wollen. Die Einteilung der Arbeitszeit resp. die Verteilung der Pausen wünschen sie mit ihren Arbeitern erledigen zu können. Die übrigen Punkte der Forderungen wurden ebenfalls zugestanden. Die Regelung der zugestandenen Bewilligungen würden die Arbeitgeber bis zum 1. Januar 1912 zu versiehen, da sie dann mit der neuen Kalkulation der Fabrikate auch rechnen könnten, welches ihnen augenscheinlich unmöglich sei. Hierüber läßt sich sicher eine Beskräftigung herbeiführen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzutragen, ansonsten fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Schloß-Holte.** Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Siegen.** Über die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerei ist die Sperrre verhängt.

**Willingen.** (Kreis Nees). Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Dortmund-Almen.** Über die Gießerei der Firma Krupp in Almen ist die Sperrre verhängt.

**Barmen-Elberfeld.** In der Metallindustrie hier selbst und der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

**W. Gladbach.** Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnsignal-Bauanstalt und Eisenfabrik, hat ihre gemeinsame organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Weppen.** Die Weppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

**Twistringen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

**Göttingen-Haan.** Bei der Firma Hofmeier & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Zugang von Schlossern, Hoblern, Fräslern und Bohrern ist streng fernzuhalten.

**Köln-Troisdorf.** Die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G. stehen im Kampfe zur Vertheidigung des Koalitionsrechtes. Zugang ist fernzuhalten.

**Berlin.** Die Berliner Formen- und Eisenfabrikarbeiter stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Rehheim-Bremen.** Die Stampfer der Firma Ettemeyer stehen wegen Lohndifferenzen im Streik.

**Gevelsberg.** Die Arbeiter der Firma Gebr. Schäffer, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Befreiung von Misshandlungen und Durchführung einer Lohnzehrung im Streik.

**Langerwehe-Schönthal.** Bei der Firma Karl Schleicher & Söhne, Nagelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Nageln ist streng fernzuhalten.

**Hamburg.** Die Elektriker stehen im Streik. Zugang fernzuhalten.

**Krefeld.** In den kunstgewerblichen Metallwarenfabriken F. H. Daubenberg, A. P. Kaiser Sohn, und Ulter & Göhres stehen die Arbeiter zum Teil im Streik und die übrigen in Rücksicht. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Trier.** Wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Bereits Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hosenstraße 12 zu melden.

**Zugang ist fernzuhalten.**

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. November 1911 der sechzehnzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. November 1911 fällig.

Diejenigen Ortsgruppen, welche die Abrechnung vom 3. Quartal noch nicht eingezahnt haben, werden ersucht dieses sofort zu tun. In der nächsten Nummer werden die Ortsgruppen zur Veröffentlichung kommen, welche die Abrechnung noch nicht eingezahnt haben.

**München.** Das Mitgliedsbuch Nr. 143 650, ausgestellt auf den Namen Max Springer, Schmid, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Buschhütten.** Als vor längerer Zeit die Bewegung zwecks Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit im Siegerland eingeleitet wurde, da kamen auch die Arbeiter der Firma Schenckbach sel. Söhne in Buschhütten in einer Versammlung zusammen, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Nach langerem Diskurs und Herreden, wurde man sich dahin einig, vorerst gänzlich ohne Organisation vorzugehen und der Firma eine Wirtschaft mit obiger Forderung zu unterstellen. Es wurde in dieser Versammlung schon von unseren Kollegen Gertz darauf hingewiesen, daß dieses Vorgehen ganz ohne Erfolg sein würde; die Kollegen müssten sich erst der Organisation anschließen. Und richtig, als die Firma, die mit 127 Unterschriften versehen war, in die Hände der Firma kam, fand diese es nicht einmal für nötig, der Arbeiterschaft eine Antwort zu geben.

Diese Geringshaltung der Arbeiter, wenn anders kann man ein solches Gebaren der Firma doch nicht nennen, hat manchem Kollegen den Weg in die Organisation gezeigt. Wer aber glaubt, die über lange Arbeitszeit wäre der einzige Missstand der in diesem Werke besteht, befindet sich sehr irrtümlich. Über mancherlei andere Dinge haben sich die Kollegen zu beschlagen. Die Tagessätze stehen durchschnittlich auf einer Höhe von 3,30 bis 3,60 Mark. Wie soll ein Vater seine Familie unter den heutigen Verhältnissen mit einem solchen Lohn durchbringen? Ventilation kennt man in diesem Betrieb überhaupt nicht; sein Wunder also, wenn aus einer bestimmten Abteilung die Kollegen häufig an Halstransferten seien. Verstärkerseits ist festgestellt, daß die Krankheiten nur auf den erwähnten Missstand zurückzuführen sind und daß hier unbedingt Wandel geschaffen werden müsse. Das Überwinden eines an der Tagessatzung kommt es doch vor, daß einzelne Arbeiter 10—12, ja noch mehr Überstunden in der Woche machen, ohne daß dafür ein Aufschlag bezahlt wird. Die Festsetzung der Abordpreise geschieht meistens erst, nachdem die Arbeit fertiggestellt worden ist. Die Bediensteten waren im vergangenen Sommer in einem Zustande, der geradezu schrecklich zu nennen war; trocken doch denen die Wärmere am Körper empor, die sie zu benutzen wagten. Nur durch eine Aussprache wurden diese Zustände abgebändert.

Alle diese Missstände haben nur begreiflicherweise eine mächtige Erregung unter die Arbeiterschaft gebracht, und eine große Anzahl Kollegen hat sich bereits unserem Verbande angeschlossen, da sie jetzt einsehen, daß nur durch eine starke Organisation die Verhältnisse zu verbessern sind.

Daß dieses Erwachen der Arbeiter manchen Leuten nicht angenehm ist, zeigt uns die Schimpfanrede eines gewissen Herrn. Die Ausdrücke, wie: „Heute, Morgen, die in Siegen sitzen und den Arbeitern das Geld aus der Tasche lösen“, sollen uns nicht nur nicht abhalten, ruhig weiter zu werben, sondern im Gegenteil erst recht anstreben, zeigen sie uns doch, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden. Deshalb,

war die geradezu schreckliche Verleidigung in dem Bericht enthalten, Ernst sei ein „roter Algenpeter“. Der Unrat Ernst bemerkte, daß durch derartige Ausdrücke sein Client sich „schwer beleidigt“ fühle. Kein Wunder. Denn Ernst gehört zu denjenigen Leuten die wie Schulbuben schimpfen, aber auch geradezu hulsteln, wenn sie befür die wohlverdiente Abfahrt bekommen. Im vorigen Lager herrschte nun elterl. Jubel und Wonne als „Joseph“ siegesgewonnen von Dortmund kam, und den „Schwarzen Kreuzfall“ verklubte. zunächst brachte das „Ebersfelder Blatt“, in Nr. 43 auch die „Metallarbeiterzeitung“ den „Siegesbericht“ unter der falschen Flagge „Schwarze Verleumder vor Gericht“. In Wirklichkeit hat das Schöffengericht in Dortmund von Verleumding garnicht gesprochen.

Der Prozeß stellte ein Nachspiel dar zu der Bewegung bei der Firma Eicken und Co., wo der sozialdemokratische Metallarbeiterverband s. d. Jt. in der ehrfürchtigen Weise Schindluder trieb mit den Interessen der Arbeiter. Bekanntlich gab das Benehmen der Genossen und Veranlassung, die Bewegung nicht mitzumachen, weil die Genossen während der Differenzen ohne jede Ursache ein Flugblatt bei genannter Firma verbreiten ließen, welches die sumpfigen Verdächtigungen gegen uns enthielt. Zugleich dem roten Bruder nun wußten, welchen Lumpenstreich sie ausgeführt hatten, versuchten sie die Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verbreitigen. Man fasste von „Betrat“ und dergl. Wo die wirklichen Verbreiter sahen, hatten die Arbeiter indes erkannt. In mehreren öffentlichen Versammlungen wurde mit der Firma Donath Nach. gründlich abgerechnet und gezeigt, welch freudhaftes Spiel seitens der „Freiheitshelden“ mit den Arbeiterinteressen getrieben wurde. „Freund Ernst“ hat als rechtsmäßiger Abgeordneter der ausgetretenen Partei, diese auch angenommen und geriet — aus dem Hütchen. Er lehnte sich hin und schrieb ein Flußblatt, welches, wie böse Jungen behaupten, eine vollständige Neuauflage des sozialdemokratischen Schimpfwörterlexikons notwendig gemacht hat. Damit auch die Kollegen anderorts die „Leistungen“ Ernsts gehörig wahrnehmen können, lassen wir aus dem „Flußblatt“ nur eine Übersicht der „feineren“ Ausdrücke folgen. u. a. hieß es da: „christliche Führer plante Betrat“, „verschleierte Bursche“, „Schwarze Lügner“, „berufsunfähige Hausmädchen“, „s. W. a. her Lügner Peter“ (als Ernst der rote „Algenpeter“ genannt wurde, fühlte er sich „schwer“ gekränkt. D. E.) „schwarze sozialdemokratische Künste“, „schwarzer Betrat“, „echte Pharisäer“, „schwarz-gelbe“, „christliche Tatsachenverbrecher“, „niedertägige S. L. g. e.“, „ehrfreie Verleumder“, „Unternehmehandhaber“ und dergl. Erstesse Herr Ernst, der in einer solchen Art „sachliche Polemik“ betreibt geriet nun in helle Wut, als der christliche Verband ihm die gebührende Antwort in mehreren öffentlichen Versammlungen gab. Während er das Recht für sich in Anspruch nahm, andere als „Lügner“ anzuhören, entsetzte Ernst sich, als der Spieß umgeworfen und vom roten „Lügner“ gesprochen wurde. Das Organ des bellagten Redakteurs hatte über den Verlauf der Versammlungen berichtet und auch genau angegeben, was der Referent, Kollege Wef, gesagt hatte. Nichts hätte also näher gelegen, als daß Ernst Wef verklagt hätte. Doch Ernst war aus guten Gründen vorsichtig. Klugerweise wird der Redakteur der Volkszeitung verklagt, weil man wußte, dieser würde nicht die Gelegenheit haben, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Vollständig unrichtig ist es daher, wenn die „Metallarbeiterzeitung“ schreibt:

„Wer nun aber dachte, Herr Stahlsmidt hätte als verantwortlicher Redakteur versucht, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten zu wollen...“

In eine Beweisaufnahme konnte ja nicht eingetreten werden. Der Verteiliger des Genossen Ernst bemerkte ausdrücklich, daß eine Beweisaufnahme nicht notwendig sei. Das Gericht hat sich also gar nicht damit beschäftigt, ob die in dem Bericht behaupteten Tatsachen richtig oder unrichtig, sondern ob einzelne Ausdrücke, wie „Lügner“ u. a. beleidigend seien. Die ganze Gerichtsverhandlung hat also lediglich ergeben, daß der zuerst von Ernst in seinem Schimpf-Flußblatt gebrachte Ausdruck „Lügner“ vom Stoßrichter als Beleidigung geahndet wird. Wenn Ernst eine weiße Weste haben will, warum hat er denn nicht Wef verklagt? Da sind er wohl ein Haar in der Butter!

Zu der „Metallarbeiterzeitung“ heißt es, daß Wef, der als Zeuge vernommen wurde, mit erhöhte, „er sei nicht Verfasser des unter Anklage stehenden Artikels, er lehne es ab, den Namen des Schreibers zu nennen, der in seinem Auftrage den Bericht verfaßt habe.“ Dabei vergißt der tote „Reporter“ zu sagen, daß Wef erklärte: „S. d. bin zwar nicht der dritte Schreiber des Berichts. In diesem ist der Bericht in meinem Auftrage geschrieben worden. Der Bericht war mitgeteilt, daß Wef für die eingesandten Berichte die volle Verantwortung übernehmen würde. Ich hatte erwartet, daß Ernst mich verklagen würde, gern wäre ich bereit gewesen, für die aufgestellten Behauptungen den vollen Wahrheitsbeweis zu erbringen.“ Herr Ernst hält sich auf diese Bemerkung in Schweigen und sein Unwoll Frank I meinte zu reagieren, „es steht Herr Ernst frei, ob er Sie (Wef) verklagen will oder nicht“. Letzteres bestreitet dem Genossen kein Mensch, aber man soll dann auch schweigen darüber, ob es von uns nicht verucht sei, den Beweis anzutreten. Offenkundlich wird Herr Ernst aber bedauern, wenn die Klage gegen die „Wef. Volkszeitung“ zum Auftag kommt (Ernst hat gegen den Redakteur direkt Beifall wegen des gleichen Berichtes auch Klage erhoben. D. E.), unter allen Umständen darauf bestehen, daß in eine Beweisaufnahme eingetreten wird. Also, Herr Ernst, nur los zum Tanz! Die Musik wird von den „Schwarzen“ gestellt! Die „Metallarbeiterzeitung“ lädt gut daran, sich in Zukunft gern besser zu informieren über die „Siege“ ihres Schützlings. Denn leichter kann sich doch kein Mensch machen, als wenn er andere wahllos mit Schenck bewirkt, dann aber laut aufzutreten, wenn ihm mal derde auf die Finger gesetzt wird.

**Kulda.** (Die Gelben in Sicht!) Am 20. Oktober hatten eine Anzahl Arbeiter vom Zuläufer Stanz- und Emailierwerk eine geheime Versammlung abgehalten, in welcher der Führer der gelben Werkverträge, Herr Trentowt aus Augsburg etabliert waren, um über die Gründung und die „Gesellschaft“, welche den Arbeitern angeblich durch gelbe Werkverträge erlaubten, zu referieren. Die Einladungen waren in der Mittagspause an den Mittagsplätzen in der Fabrik bekannt gegeben worden. Die Versammlung war jedoch nur schwach besucht. Anwesend waren außer sämtlichen Männern und Kinderbeamten, nur meist jüdische Arbeiter, welche sich trotz aller Bemühungen nicht dem christlichen Metallarbeiterverbande engeschlossen haben, noch anschließen wollen. Nur einige we-

nige Mitglieder unseres Verbandes hatten sich eingefunden. In der Einladung war die Rede von großen „Vorteilen“ und einem „besonderen Wohlwollen“ seitens der Firma für die Mitglieder des Werkvereins; weiter wurde die Errichtung einer Werkpensionstasse, sowie eines Werkkonsumenteneins in Aussicht gestellt, wozu die Firma alle entstehenden Kosten hinterlegen wolle. Mit diesem Speck wollte man die Arbeiter „mäuse“ fangen. Man hoffte jedenfalls, damit dem christlichen Metallarbeiterverband einen entscheidenden Schlag versetzen zu können.

Schon kurz nach Beendigung unserer Sozialbewegung auf dem hiesigen Emailierwerk, die bekanntlich nur einen teilweisen Erfolg brachte, konnte man bemerken, daß die Firma und ihre Beamten andere Salten aufgezogen hatten. Die Meister suchten an die Leute heranzutreten und ihnen plausible machen, daß die Organisation keinen Wert habe u. c. Tatsächlich ließ denn auch ein kleiner Teil von uns neu gewonnenen Mitgliedern sich durch die Schnabelstellen der Meister einzulullen und dem Werkende abspenstig machen. Doch jetzt, als die Einladungen zur Gründung eines Werkvereins bekannt wurden, kam das plötzliche Erwachen! Da war es allen Arbeitern und Arbeitern klar, daß man hier mindestens beachtigte, der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht illusorisch zu machen.

Der größte Teil der Arbeiterschaft erkannte sofort die Absicht der Firma und war trotz aller Gubringsschleichen, die manchmal beim verbotenen Terrorismus so ähnlich sahen, wie ein Et. dem andern, sehr zurückhaltend mit dem „Betritt“ in den Werkverein. Der Werkmeister Herr Hatz, welcher früher, als er noch Schlossermeister war, sehr oft den Ausspruch hörte, zitterte, ging bereits sowohl, denjenigen Arbeitern mit Entlassung zu drohen, welche nicht dem Werkverein beitreten würden. Ein weiterer „zugestalter“ Agitator ist der Oberfachmeister Herr Friz, seines Zeichens langjähriger Vorsitzender des ehemaligen Fabriksgängerbundes der Firma F. C. Bessinger, aus dem der Werkverein hervorgewachsen sollte. Dieser Herr soll sich auch ganz besonders für einen Konsumenten des Werkes erinnert haben, vielleicht denkt er dadurch — er betrachtet einen Käsehändler — seine „gelben“ Handläufe besser an den Mann zu bringen. Jedoch sollen ihm die Leute in seiner eigenen Werkstatt schon die Gefolgschaft versagt haben. Das erinnert an die sprichwörtliche Bestrebtheit des Propheten im eigenen Lande.

Als dritter Agitator für den Werkverein kommt der Emailiermeister Herr Müller in Betracht. Doch soll dieser noch ein viel größeres Fiasco gemacht haben, als Herr Friz; denn unter den einigen hundert Arbeitern in der Emailierwerkstatt ist der Beitritt zum Werkverein geradezu verschwindend. Es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß hier für den Werkverein noch etwas zu holen ist; denn gerade Herr Müller steht bei den Arbeitern nicht in sonderlich gutem Geruch. Seine Worte finden taube Ohren und die durch ihn gesteuerte „gelbe“ Saat verhornt, noch ehe sie ausgegangen ist.

Ihr die Werkpensionstasse legt sich der Kommissionsmeister Herr Kirschbaum mit einer wahren Begeisterung ins Brug. Das ist verständlich; denn der Herr, der bereits 30 Jahre oder noch länger auf dem Werk beschäftigt ist, würde dann schon bald in der Lage sein, aus den Mitteln dieser, die noch ihm kommen, eine Menge zu beziehen. In seinen früheren Jahren war der Herr aber einer der bestbezahnten Arbeiter auf dem Emailierwerk. Hat er nun das Sparen nur vergessen, oder hat der „hölle“ Hohn selbst Fehler in der wohlfeilen Zeit nicht gelangt? Nehmen wir zu seinen Gunsten, daß letzter an. Dann aber sollte er nicht vergessen, daß eine durch gelbe Bereiche entrummte Arbeiterschaft heute noch schlechter fahren muss, wie die unorganisierte Arbeiterschaft bei pseudopatriarchalischen Zeiten. Vielleicht versteht der Herr jetzt, daß das Selbsthilfestreben unserer Gewerkschaften doch der Männer- und Menschenwürde besser entspricht als in einem gelben Verein seine eigene Überzeugung zu opfern und für einen Bruchteil dessen noch Dankbarkeit zu heucheln, was man als sein Recht beanspruchen kann und darf. Die Werkpensionstassen haben sich bislang fast noch stets als sogen. goldene Ketten für die Arbeiterschaft erwiesen. Wie oft schon gingen die Arbeiter ihrer jahrelang vom Lohn einbehalteten Beiträge verlustig durch eine Lohnbewegung, bei der die Einstellung der Arbeit auch nicht für Tage notwendig war? Wie oft wurden auch nicht alle Arbeiter um die Freiheit ihrer jahrelangen Beiträge in eine solche Kasse gebracht durch Maßregelung oder „rechtzeitige“ Entlassung? Die denkende Arbeiterschaft steht also folchen „Wohlfahrtseinrichtungen“, die ihren wirtschaftlichen Aufstieg hemmen und nicht fördern, mit bestmöglichem Misstrauen gegenüber. Gewiß gönnen auch wir jedem Arbeiter, der in Ehren alt und grau geworden ist, eine Zusatzrente zur Intalidentrente. Aber für das Geschenk einer Pensionstasse zur Förderung gelber Bestrebungen müssen wir uns ganz energisch bedanken, da wir auf unser freies Koalitionsrecht nicht verzichten wollen und können.

In der oben erwähnten gelben Gründerversammlung soll nun Herr Trentowt die Bestrebungen der konfessionellen Arbeiterrvereine und christlichen Gewerkschaften als „Kunstburg“ bezeichnet haben: Die christlichen Gewerkschaften wollten das Kapital teilen. Gegen diese gelben Anteile erhob die christliche Arbeiterschaft Fulda in einer seitens des Gewerkschaftsrates auf den 26. Oktober überkommenen Versammlung einstimmig Protest. Die Kollegen Scherer aus Offenbach und Geier aus Augsburg, der Geburtsstadt der Gelben, zeigten in ihren Referaten, daß der Zweck der Gelben nicht sei, Arbeitertypen zu vertreten, sondern die Arbeitertypen zugunsten der wirtschaftlichen und politischen Sonderinteressen der Unternehmer zu vertreten. Unter allseitigem Beifall schlossen beide Referenten mit der Mahnung, nun erst recht an der Stärkung der konfessionellen Arbeiterrvereine und vor allem auch der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten.

Insbesondere brachte die Versammlung ihre Zustimmung zu den Worten der Redner durch Annahme einer Resolution, in zum Ausdruck, worin sie gegen den von Herrn Trentowt, ebenfalls im Auftrage dritter Personen unternommenen Beruf in Fulda die gelben Werkvereine einzuführen, und gegen seine mit Bezug auf die christlich-nationale Arbeiterschaft getaten Neuerungen energisch protestiert. Die Versammlung erklärte in der Einführung der gelben Werkvereine, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen. Dem mußte entschieden Widerstand entgegengesetzt werden. Die Versammlung erwartet von dem sozialen Verständnis der hiesigen Industriestadt, daß sie weder direkt noch indirekt durch ihre Meister und Vorarbeiter den gelben Werkvereinen Vorwurf leisten oder die Arbeiter durch irgendwelche Mittel zum Eintritt zu bestimmen suchen. Entschieden verurteilte sie den Beruf, Arbeiters durch Be-

drohung mit Brotlosmachung zum Eintritt in die Werkvereine zu zwingen. Zur Sicherung des Koalitionsrechtes giebt die Versammlung, den christlichen Gewerkschaften die Treue zu bewahren und diese Organisationen mit allen erlaubten Mitteln auszubauen und zu stärken.

### Sterbetafel.

**Hagen-Wetter.** Am 3. Oktober starb unser Kollege M. Schinken im Alter von 23 Jahren an Nierensteinen.

**Kurtwangen.** Am 11. Oktober starb unser Kollege Martin Fleig, Dreher, im Alter von 30 Jahren an Blinddarmentzündung.

**Uelzen.** Am 12. Oktober starb unser langjähriger und treuer Koll. Paul Helmrich im Alter von 61 Jahren an den Folgen eines Unfalls auf dem Hüttwerk Rothe Erde.

**Oelde.** Am 19. Oktober starb unser treuer Kollege Ev. Wöhner im Alter von 22 Jahren an Lungenerkrankung.

**Ehre ihrem Andenken!**

### Versammlungs-Kalender.

**Kollegen und Kolleginnen!**

**Versammlung ohne triftigen Grund keine Versammlung!**

**Samstag, den 11. November.**

**Ahlen.** Abends 8.30 Uhr bei G. Peiper, am Brink.

**Berlin-Norden.** Abends 8.30 Uhr bei Thiele, Hufsteigstr. 4, 5.

**Duisburg-Dortendorf.** Abends 9 Uhr bei Querling, Ecke Münster- und Barbarastraße, Bezirkversammlung.

**Düsseldorf-Wersten-Holthausen.** Abends 9 Uhr bei Holthausen-Ecke-Landstraße 260, Bezirkversammlung.

**Dortmund-Dorfstr.** Abends 8 Uhr bei Sturm.

**Eckenhich.** Abends 7 Uhr bei Knoll.

**Eisen (Kunst- und Bauschloß).** Abends 8.30 Uhr „Stadt Oberfeld“ Steelerstr., Vortrag: „Der Arbeitsvertrag nach deutschem Recht“.

**Eisen (Kunst- und Bauschloß).** Abends 8 Uhr bei Knoll.

**Gütersloh.** Abends 8 Uhr bei Dohrenrecht.

**Karlsruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.

**Köln-Humboldt-Kolonie.** Abends 9 Uhr bei Knoll, Wattstraße.

**Köln-Ostheim.** Abends 9 Uhr bei Schmidt.

**Köln (Schlosser-Sektion).** Abends 9 Uhr im Bierseel-Brettfeststr.

**München.** Abends 8 Uhr im Rathaus-Vogelstätt, Seufzerallee 11.

**St. Gallen.** Abends 8 Uhr bei Knoll.

**Wiesbaden-Erben und Wiesbaden.** Abends 8 Uhr öffentl. Versammlung in der Traube in Wiesbaden. Die Reichsversicherungsordnung als wissmäßiger Redner.

**Stuttgart-Zuffenhausen.** Abends 8.30 Uhr in der Traube.

**Tönisvorde.** Versammlung.

**Sonntag den 12. November.**

**Andernach.** Vorm. 11 Uhr zur Glocke.

**Ahlen.** Vorm. 11.30 Uhr bei Stegand, Weststr.

**Borken.** Vorm. 11 Uhr bei „Bolt“ am Wollmarkt (Ecke Möllstr.), Bezirkversammlung.

**Düsseldorf-Eller.** Vorm. 11 Uhr bei Haaseveld, Gumbertstr. 12.

**Düsseldorf-Oberkassel.** Vorm. 11 Uhr bei Wossen, Biegallee 80.

**Düsseldorf-Büderich.** Vorm. 11 Uhr bei Delmes-Meer, Bezirksv. Versammlung.

**Duisburg-Herdingen.** Vorm. 11 Uhr bei Schmidt, & „Parlament“.

**Duisburg-Rheinhausen.** Abends 8 Uhr bei Wels.

**Olten.** Vorm. 10.30 Uhr bei Höhr in Rölsdorf.

**Dortmund-Börde.** Vorm. 11.15 Uhr bei Stolze Chausseestr.

**Dortmund-Cörne.** Vorm. 11.30 Uhr bei Drees, Kaiserstr.

**Dortmund-Lünen.** Vorm. 11 Uhr bei Möldmann.

**Dortmund-Barov.** Vorm. 11 Uhr bei Schmitz.

**Dortmund-Wethmar.** Vorm. 8 Uhr bei Teilenborg.

**Eisen Jugendklasse der Sektionen Segeroth, Asteness, Stadt-Gutrop, Miltendorf, Niederschlema.** Abends 8 Uhr bei Knoll.

**Eisen Jugendklasse der Sektionen Astenborg, Berge-Borbeck und Borbeck.** Abends 5 Uhr bei Wink, Astenborckerstr. 289.

**Eisen-Astendorf.** Abends 7 Uhr bei Wink.

**Eisen-Garnap.** Nachm. 5 Uhr bei Hoppe, Generalkonventversammlung.

**Eisen-Altenessen.** Nachm. 6 Uhr bei Esser.

**Eisen-Büttrop.** Abends 8 Uhr bei Stadtrop, Steelerstraße.

**Eisen-Nordorf.** Abends 7 Uhr bei Büttershoff, Stroppenbergerstr. 74.

**Eisen-Kleingewerbe, Klempner.** Vorm. 11 Uhr im Alsfeldshaus, Brohauerstr. 19. Vortrag: „Gefallenaustridge“, Ref. Koll. Grüne.

**Eisen-Eleftrouente.** 11 Uhr bei Schmidt, Steelerstr. 61.

**Herne.** Vorm. 11 Uhr bei Stenberg.

**Dort-Gütsch.** Vorm. 11 Uhr bei Düssing.